64018/1

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION
23-07-2018
RAAD VAN STATE
WETGEVING

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, Artikel 9 §3 Absatz 2, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 22 Absatz 2, Artikel 28 §1 Absatz 3, Artikel 28 §2 Absatz 2, Artikel 36 Absatz 2, Artikel 40 Absatz 2 Nummern 1-4, Artikel 41 Absatz 3, Artikel 45 Absatz 3, Artikel 50 §1 Absatz 3, Artikel 50 §2 Absatz 1, Artikel 51 Absatz 1 Nummer 2, Artikel 54 Absatz 3, Artikel 58 Absatz 3, Artikel 59 §§1-2, Artikel 59 §3 Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 2;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 22. Januar 1952 zur Ausführung des Artikels 41 Absatz 2 e) der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 21. September 1953 zur Ausführung von Artikel 34 letzter Absatz der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 10. März 1964 zur Festlegung der Bedingungen, die ein Kind mit einer Behinderung erfüllen muss, um Familienleistungen in Anwendung von Artikel 47 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger zu erhalten;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 26. März 1965 über die Familienbeihilfen zugunsten bestimmter, vom Staat entlohnter Personalkategorien und der Personalmitglieder des Einsatzkaders und des Verwaltungs- und Logistikkaders der lokalen Polizeikorps;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 9. April 1965 über den Pool der Seeleute der Handelsmarine;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 19. Dezember 1967 zur Festlegung der Kontrollmaßnahmen im Falle eines Anschlusses von Arbeitgebern, die bei einer Kinderzulagenkasse kündigen;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 16. Februar 1968 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen, und der Periode, während deren Kinderzulagen gewährt werden zugunsten eines Kindes, das am Ende eines Hochschulstudiums eine Abschlussarbeit vorbereitet;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 4. Juli 1969 über die Erteilung von Familienbeihilfen zugunsten des in Artikel 56septies der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnten Kindes mit einer Behinderung;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 19. August 1969 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kinderzulagen gewährt werden zugunsten eines Kindes, das ein Praktikum absolviert, um in ein Amt ernannt werden zu können;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 18. Dezember 1973 zur Festlegung der Feststellungsweise der Beeinträchtigung von einigen Personen zwecks Anwendung der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 20. Mai 1974 zur Ausführung von Artikel 107 §4 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 30. Dezember 1975 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kinderzulagen zugunsten eines Kindes, das dem Unterricht folgt, bewilligt werden;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 6. März 1979 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kinderzulagen zugunsten eines Kindes, das durch einen Lehrvertrag gebunden ist, bewilligt werden;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 8. Juli 1981 zur Ausführung von Artikel 57bis der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 12. April 1984 zur Festlegung der Verpflichtung, jedes Element, das eine Änderung bezüglich der Gewährung oder der Auszahlung einer Familienleistung zur Folge haben könnte, mitzuteilen;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 12. August 1985 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kinderzulagen zugunsten das Kindes, das der Teilzeitschulpflicht unterliegt, bewilligt werden;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 12. August 1985 zur Ausführung von Artikel 62 §5 allgemeinen Familienbeihilfengesetzes;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 24. Juni 1987 zur Festlegung der Fälle, in denen die Gewährung der Kinderzulagen ausgesetzt wird, wenn das Kind seinen Militär- oder Zivildienst leistet;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 26. Juni 1987 zur Ausführung von Artikel 119bis des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 12. November 1987 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Familienleistungen an das in Artikel 47 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnte Kind mit einer Behinderung bewilligt werden;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 12. November 1987 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Familienleistungen an das in Artikel 63 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnte Kind mit einer Behinderung bewilligt werden;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 12. Juni 1989 zur Ausführung von Artikel 71 §2 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 4. April 1991 zur Ausführung von Artikel 3bis des Gesetzes vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen zwecks Festlegung der Beträge, die als Vorschuss gezahlt werden;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1991 zur Ausführung der Artikel 47, 56septies und 63 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger und des Artikel 96 des Gesetzes vom 29. Dezember 1990 zur Festlegung sozialer Bestimmungen;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. Februar 1994 zur Festlegung der Bedingungen für die Gewährung der Familienleistungen an Arbeitslose;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. April 1997 zur Ausführung von Artikel 71 §1bis des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 24. November 1997 zur Ausführung der Artikel 3, 7 und 24 des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der "Charta" der Sozialversicherten mit Bezug auf die in den Artikeln 19, 31, 32 und 33 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnten Einrichtungen für Familienbeihilfen;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 über das Geschäftsführungskonto und die Verwaltungsrücklage der Kassen für Familienbeihilfen;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 1. März 2000 zur Ausführung von Artikel 42bis der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger und zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. April 1997 zur Ausführung von Artikel 71 §1bis der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 13. März 2001 zur Ausführung von Artikel 102 §1 Absatz 1 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 11. März 2002 zur Ausführung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der "Charta" der Sozialversicherten und zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. April 1976 zur Festlegung der Regelung der Familienleistungen für Selbständige

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 2. August 2002 zur Ausführung von Artikel 60 §1 Absatz 3 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 11. Juni 2003 zur Festlegung des Betrags und der Gewährungsmodalitäten der in Artikel 70ter der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnten pauschalen Zulage;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 19. April 2005 zur Ausführung von Artikel 69 §2bis der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 19. April 2005 zur Ausführung von Artikel 102 §1 Absatz 1 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 10. August 2005 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kinderzulagen gewährt werden für ein Kind, das Unterrichtskurse besucht oder seine Ausbildung fortsetzt;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 20. Juli 2006 über die Erhöhung der in den Artikeln 44 und 44bis der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnten altersbedingten Zuschläge;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 11. Januar 2007 zur Ausführung von Artikel 56 §2 Absatz 3 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 3. August 2007 zur Ausführung von Artikel 50quinquies der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 26. Mai 1958 zur Festlegung der Arbeitslosigkeitstage, die für das System der Kinderzulagen für Arbeitnehmer den tatsächlichen Arbeitstagen aus Gründen des Personenstands oder aufgrund von staatsbürgerlichen und gewerkschaftlichen Pflichten gleichgestellt werden;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 12. Juni 1974 zur Beauftragung der Inspektoren und beigeordneten Inspektoren der Sozialinspektion des Ministeriums für Sozialfürsorge zwecks Überwachung der Ausführung der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 18. Januar 2000 zur Bestimmung der Beamten, die zuständig für Abweichungsanfragen im Bereich der Familienleistungen sind;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 15. März 2001 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Familienleistungen Grenzgängern erteilt werden;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 26. Juni 2002 bezüglich des Gebrauchs der in Artikel 71 §3 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnten Dokumente, Bescheinigungen oder Brevets zwecks Übermittlung der für die Festlegung der Rechte auf Familienleistungen nötigen Daten;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 19. April 2005 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Familienleistungen Personen erteilt werden, die Opfer einer Kindesentführung sind.

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom ...;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom ...;

Aufgrund des Gutachtens des Rates für Familienleistungen vom ...;

Aufgrund des Gutachtens [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 23. April 2018 über die Familienleistungen;
2. Verwaltung: das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Erlass vom 28. März 2003: den Königlichen Erlass vom 28. März 2003 zur Ausführung der Artikel 47, 56septies und 63 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger und des Artikels 88 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002;
4. dienlicher Information: jede Art von Information, die dem Antragsteller Aufschluss über seine individuelle Situation in Bezug auf die Familienleistungen gibt.

KAPITEL 2 – AUSBILDUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT

Abschnitt 1 – Ausbildung

Unterabschnitt 1 – Gemeinsame Bestimmungen

Art. 2 – Gewährung des Basiskindergeldes aufgrund einer Ausbildung

Das Basiskindergeld wird jedem Kind aufgrund von Artikel 9 §3 des Dekrets gewährt, das einer im vorliegenden Abschnitt erwähnten Ausbildung nachgeht.

Art. 3 – Bestimmung des Ausbildungszeitraums

Ein Kind gilt während der folgenden Zeiträume als einer in vorliegendem Abschnitt erwähnten Ausbildung nachgehend:
1. für den Zeitraum, in dem es für eine dieser Ausbildungen an der Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung eingeschrieben ist;
2. für den Zeitraum des gesamten Schuljahres, wenn eine Einschreibung für eine Ausbildung bis spätestens zum 30. November des betreffenden Schuljahres erfolgt ist;
3. für den Zeitraum, der zwei aufeinanderfolgende Schuljahre voneinander trennt, wenn das Kind nach den Sommerferien erneut einer Ausbildung nachgeht;
4. für den Zeitraum der Sommerferien nach dem Ende des Schuljahres der Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung, die das Kind verlässt, wenn das Kind nach den Sommerferien keiner Ausbildung mehr nachgeht. Diese Ferien gelten als beendet, sobald das nächste Schuljahr beginnt und spätestens nach 120 Tagen nach Beginn dieser Sommerferien.

Das Kind, das bis zum Ende eines Schuljahres für eine Ausbildung eingeschrieben war und sich aus Krankheitsgründen nicht für das folgende Schuljahr einschreiben kann, gilt bis zum Ende der Sommerferien nach diesem folgenden Schuljahr als einer Ausbildung nachgehend.

Die Tatsache, dass das Kind sich aus Krankheitsgründen nicht für das folgende Schuljahr einschreiben kann, belegt der Antragsteller anhand eines ärztlichen Attests.

Art. 4 – Ausschluss des Arbeitssuchenden

Eine Eintragung als Arbeitssuchender führt zur widerlegbaren Annahme, dass ein Kind keiner Ausbildung mehr nachgeht.

In Abweichung von Absatz 1 führt eine Eintragung als Arbeitssuchender während der Sommerferien zur widerlegbaren Annahme, dass ein Kind nach dem Ende der Sommerferien keiner Ausbildung mehr nachgeht.

Die Annahme kann durch eine erneute Bescheinigung, dass das Kind weiterhin an einer Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung eingeschrieben ist, widerlegt werden.

Unterabschnitt 2 – Lehre und Teilzeitunterricht

Art. 5 – Lehre und ihr gleichgestellte Ausbildungen

Eine Lehre gilt als Ausbildung, wenn der entsprechende Lehrvertrag oder das entsprechende Lehrabkommen anerkannt und kontrolliert wird:

1. gemäß den Bestimmungen in Bezug auf die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;
2. gemäß den Bestimmungen in Bezug auf die Industrielehre;
3. gemäß Artikel 19 des Gesetzes vom 16. April 1963 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten.

Der in Absatz 1 erwähnten Lehre werden gleichgestellt :

1. die Lehre außerhalb Belgiens, deren Programm von der zuständigen ausländischen Behörde anerkannt ist oder einem von dieser Behörde anerkannten Programm entspricht;
2. die Meisterausbildung und das Meistervolontariat;
3. die Ausbildung zum Betriebsleiter.

Art. 6 – Teilzeitunterricht und ihm gleichgestellte Ausbildungen

Teilzeitsekundarunterricht im Regelschulsystem, Unterricht im Förderschulsystem sowie eine in Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 1983 über die Schulpflicht erwähnte anerkannte Ausbildung gelten als Ausbildung.

Unterricht außerhalb Belgiens, dessen Programm von der zuständigen ausländischen Behörde anerkannt ist oder einem von dieser Behörde anerkannten Programm entspricht, ist dem in Absatz 1 erwähnten Unterricht gleichgestellt.

Unterabschnitt 3 – Schule

Art. 7 – Schulunterricht

Kurse an einer oder mehreren Bildungseinrichtungen gelten als Ausbildung, wenn sie mindestens 17 Stunden pro Woche umfassen. Eine Unterrichtsstunde von 45 Minuten gilt als eine Stunde.

Den in Absatz 1 erwähnten Stunden werden gleichgestellt:

1. Stunden, die verpflichtend unter der Aufsicht von Lehrern mit praktischen Übungen in der Bildungseinrichtung verbracht werden;
2. Stunden, die verpflichtend unter Aufsicht als Lernstunden in der Bildungseinrichtung verbracht werden;
3. Praktika, sofern im Lehrprogramm vorgeschrieben;
4. Stunden an Bildungseinrichtungen außerhalb Belgiens, deren Programm von der zuständigen ausländischen Behörde anerkannt ist oder einem von dieser Behörde anerkannten Programm entspricht.

In Abweichung von Absatz 1 gelten Kurse der Erwachsenenbildung nicht als Ausbildung.

Unterabschnitt 4 – Hochschule

Art. 8 – Hochschulunterricht

Hochschulunterricht gilt als Ausbildung, wenn das Kind eingeschrieben ist für einen Studiengang, der zu einem staatlich anerkannten Bachelor-, Master- oder gleichgestellten Diplom führt.

Sind dem in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Hochschulunterricht gleichgestellt:
1. die Ausbildung der Diener eines vom Staat anerkannten Kultes;
2. die wissenschaftlichen Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Königliche Militärschule oder auf ein Ingenieurstudium.

Unterricht, dem das Kind im Rahmen der Abfassung einer Doktorarbeit folgt, gilt nicht als Ausbildung.

Art. 9 – Hochschulunterricht, der nicht zu einem Diplom führt

In Abweichung von Artikel 8 gilt ein Hochschulunterricht, der nicht zu einem staatlich anerkannten Bachelor-, Master- oder gleichgestelltem Diplom führt, als Ausbildung, wenn der Hochschulunterricht, für den das Kind eingeschrieben ist, mindestens 17 Stunden pro Woche umfasst. Eine Unterrichtsstunde von 45 Minuten gilt als eine Stunde.

Die Unterrichtsstunden im Rahmen der Abfassung einer Doktorarbeit werden für die Berechnung der in Absatz 1 erwähnten Stunden nicht in Betracht gezogen.

Unterabschnitt 5 – Verringerung oder Beendigung der Ausbildung

Art. 10 – Verringerung oder Beendigung der Ausbildung

Ein Kind gilt nicht länger als einer Ausbildung nachgehend, wenn:
1. es im Laufe des Schuljahres seine Einschreibung oder seine Einschreibungen auf weniger als die in den Artikeln 7 und 9 erwähnte Anzahl Stunden verringert;
2. die in den Artikeln 5-9 erwähnten Ausbildungen im Laufe des Schuljahres, für das es eingeschrieben war, beendet werden.

Abschnitt 2 – Erwerbstätigkeit

Unterabschnitt 1 – Tätigkeiten, die zur Aussetzung des Anrechtes auf Familienleistungen führen

Art. 11 – Zeitraum der Erwerbstätigkeit

Ein Kind gilt für das gesamte Quartal als erwerbstätig im Sinne von Artikel 11 Absatz 1 des Dekrets, wenn es innerhalb dieses Quartals insgesamt für mindestens 24 Tage :
1. eine gewinnbringende Tätigkeit im Rahmen eines Arbeitsvertrags ausübt;
2. eine gewinnbringende Tätigkeit im Rahmen eines Statuts ausübt;
3. eine gewinnbringende Tätigkeit als Selbstständiger ausübt;
4. Sozialleistungen bezieht.

Erhält das Kind eine Sozialleistung, die nicht pro Tag gezahlt wird, wird die Anzahl Werktage während des Zeitraums, für den es diese Sozialleistungen erhält, berücksichtigt. Als Werktage gelten alle Tage mit Ausnahme der Samstage, Sonntage sowie der gesetzlichen Feiertage.

Unterabschnitt 2 – Tätigkeiten, die nicht zur Aussetzung der Zahlung von Familienleistungen führen

Art. 12 – Zugelassene Erwerbstätigkeiten

In Abweichung von Artikel 11 gelten folgende Tätigkeiten als zugelassen und werden nicht berücksichtigt für das Berechnen der dort erwähnten Anzahl Tage:

1. eine Tätigkeit, die ein Kind im Rahmen einer in Artikel 5-9 erwähnten Ausbildung ausübt;

2. der freiwillige Dienst für den Kollektivnutzen im Sinne des Gesetzes vom 11. April 2003 zur Einführung eines freiwilligen Dienstes für den Kollektivnutzen. Der in Artikel 5 desselben Gesetzes vorgesehene Sold wird nicht als Gewinn oder Sozialleistung betrachtet;

3. eine Tätigkeit, die ein Kind im Rahmen eines in Titel VII des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge definierten Beschäftigungsvertrag für Studenten ausübt;

4. eine Freiwilligenarbeit im Sinne des Gesetzes vom 3. Juli 2005 über die Rechte der Freiwilligen. Die Entschädigungen im Sinne von Artikel 10 desselben Gesetzes werden nicht als Gewinn oder Sozialleistung betrachtet, insofern der gemäß demselben Artikel desselben Gesetzes unentgeltliche Charakter der Freiwilligenarbeit dadurch nicht verloren geht;

5. der freiwillige Militärdienst im Sinne des Gesetzes vom 10. Januar 2010 zur Einführung des freiwilligen Militärdienstes und zur Abänderung verschiedener auf das Militärpersonal anwendbarer Gesetze, zu dem sich das Kind laut Artikel 21 Absatz 2 des vorerwähnten Gesetzes verpflichtet hat. Die in Artikel 50 Absatz 2 des vorerwähnten Gesetzes erwähnten Vorteile werden nicht als Gewinn oder Sozialleistung betrachtet;

6. eine Tätigkeit als Selbständiger, für die reduzierte Sozialbeiträge gemäß Artikel 12 §1ter und §2 sowie Artikel 12bis des Königlichen Erlasses Nummer 38 vom 27. Juli 1967 zur Einführung des Sozialstatuts der Selbständigen gezahlt werden;

7. Tätigkeiten von freiwilligen Feuerwehrleuten und freiwilligen Krankenwagenfahrern, die keine Feuerwehrleute sind, im Sinne des Gesetzes vom 15. Mai 2007 über die zivile Sicherheit.

Art. 13 – Zugelassener Erhalt von Sozialleistungen

Der Erhalt einer Sozialleistung in Anwendung einer belgischen oder ausländischen Regelung in Sachen Krankheit, Invalidität, Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten oder Arbeitslosigkeit oder der Erhalt einer in Kapitel IV Abschnitt 5 des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen erwähnten Laufbahnunterbrechungszulage gilt als zugelassen und wird nicht berücksichtigt für das Berechnen der in Artikel 11 erwähnten Anzahl Tage, wenn diese Leistung aufgrund einer in Artikel 12 erwähnten zugelassenen Tätigkeit ausgezahlt wurde.

Die Leistung gilt als aufgrund einer in Artikel 12 erwähnten zugelassenen Tätigkeit ausgezahlt, wenn das Kind im vorherigen Quartal keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen ist.

KAPITEL 3 – KINDER MIT BEEINTRÄCHTIGUNG

Art. 14 – Feststellung der Beeinträchtigung und Zuordnung von Kategorien

Die Feststellung der Beeinträchtigung erfolgt auf Grundlage der Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 28. März 2003.

Für die Anwendung von Artikel 21 des Dekrets werden die dort erwähnten Kategorien wie folgt zugeordnet:

1. Kategorie 1 wird bei Erreichen der in Artikel 8 §2 Absatz 3 des Königlichen Erlasses vom 28. März 2003 erwähnten Punktzahl zugeordnet;
2. Kategorie 2 wird bei Erreichen der in Artikel 8 §2 Absatz 1 erster Gedankenstrich des Königlichen Erlasses vom 28. März 2003 erwähnten Punktzahl zugeordnet;
3. Kategorie 3 wird bei Erreichen der in Artikel 8 §2 Absatz 1 zweiter Gedankenstrich des Königlichen Erlasses vom 28. März 2003 erwähnten Punktzahl zugeordnet;
4. Kategorie 4 wird bei Erreichen der in Artikel 8 §2 Absatz 1 dritter Gedankenstrich und der in Artikel 8 §2 Absatz 3 des Königlichen Erlasses vom 28. März 2003 erwähnten Punktzahl zugeordnet;
5. Kategorie 5 wird bei Erreichen der in Artikel 8 §2 Absatz 1 vierter Gedankenstrich des Königlichen Erlasses vom 28. März 2003 erwähnten Punktzahl zugeordnet;
6. Kategorie 6 wird bei Erreichen der in Artikel 8 §2 Absatz 1 fünfter Gedankenstrich des Königlichen Erlasses vom 28. März 2003 erwähnten Punktzahl zugeordnet;
7. Kategorie 7 wird bei Erreichen der in Artikel 8 §2 Absatz 1 sechster Gedankenstrich des Königlichen Erlasses vom 28. März 2003 erwähnten Punktzahl zugeordnet.

KAPITEL 4 – UNTERGEBRACHTE KINDER

Art. 15 – Behörden

Die in Artikel 28 §2 des Dekrets erwähnten Kinder können entweder durch eine Entscheidung folgender Behörden oder zu Lasten folgender Behörden in einer Einrichtung untergebracht werden:

1. Richter und Gerichte, die mit der Anwendung von Jugendschutz- oder Jugendhilfebestimmungen betraut sind;
2. der in Artikel 8 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen erwähnte Jugendhilfedienst;
3. die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihre Behörden, die nicht unter Nummer 2 fallen;
4. die öffentlichen Sozialhilfezentren.

Ausländische Behörden oder Behörden anderer Gebietskörperschaften sind den in Absatz 1 erwähnten Behörden gleichgestellt, insofern sie gleichwertige Aufgaben erfüllen.

Art. 16 – Unterbringung

§1 – Für die Anwendung von Artikel 28 §2 des Dekrets gilt ein Kind als untergebracht, wenn es sich in einer Einrichtung unter deren Verantwortung und Aufsicht befindet, um dort erzogen oder versorgt zu werden.

In Abweichung von Absatz 1 gilt ein Kind auch als untergebracht, wenn:

1. es sich um ein minderjähriges Kind handelt und;
2. eine Behörde oder eine anerkannte Einrichtung aufgrund einer föderalen oder gemeinschaftlichen Jugendschutz- oder Jugendhilfebestimmung mit der Aufsicht oder der Begleitung des Kindes betraut ist.

§2 – Ein untergebrachtes Kind gilt als zu Lasten einer Behörde untergebracht, wenn sich die Behörde an den Unterhaltskosten des Kindes beteiligt.

Art. 17 – Einrichtung

Für die Anwendung von Artikel 28 §2 des Dekrets gilt jede juristische Person, in der Kinder gemäß Artikel 16 untergebracht werden, als Einrichtung.

KAPITEL 5 – EMPFÄNGER

Art. 18 – Person, die das Kind tatsächlich großzieht

Für die Anwendung von Artikel 28 §1 Absatz 2 des Dekrets kann der Beweis des Gegenteils durch alle rechtlichen und faktischen Elemente erbracht werden, die darauf schließen lassen, dass der Antragsteller mehr als die Hälfte der Unterhaltskosten trägt. Diese Elemente sind bei der Verwaltung einzureichen.

Art. 19 – Empfänger der Adoptionsprämie

Für die Anwendung von Artikel 36 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets teilen die Adoptierenden der Verwaltung ihre Wahl zum Zeitpunkt der in Artikel 24 vorgesehenen Beantragung der Familienleistungen mit. Sie können die Wahl gemäß derselben Form ändern.

KAPITEL 6 – GEWÄHRUNGS- UND RÜCKFORDERUNGSVERFAHREN

Abschnitt 1 – Gemeinsame Bestimmungen

Art. 20 – Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verwaltung verarbeitet die für die Bearbeitung der Anträge auf Familienleistung nötigen personenbezogenen Daten.

Art. 21 – Antragsformulare

§1 – Zusätzlich zu den Daten, auf die die Verwaltung unter Berücksichtigung der anwendbaren Vorgaben bezüglich des Datenschutzes Zugriff hat, kann sie insbesondere die in vorliegendem Artikel aufgeführten Informationen über Antragsformulare abfragen.

§2 – Das Antragsformular für das Kindergeld kann folgende Informationen abfragen, die den Antragsteller, das Kind, den Empfänger, den Sozialversicherten, den Elternteil, die Person, die das Kind tatsächlich großzieht, das Haushaltsmitglied und den Familienangehörigen betreffen:

1. Name, Vorname, Nationalregisternummer, Identifikationsnummer der Sozialen Sicherheit, Geburtsdatum, Sterbedatum oder Datum der Verschollenheitserklärung, Geschlecht, Wohnort, Zivilstand, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
2. Haushaltszusammensetzung, Familiensituation und Beziehung zu dem Kind, Mündigkeit;
3. Angaben zur Ausbildung;
4. Angaben darüber, ob Anrecht auf erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung besteht;
5. Angaben über die berufsständische Situation;
6. Angaben über Anrechte auf ausländisches Kindergeld;
7. Kontonummer und Bankverbindung und die Erlaubnis für die Verwaltung, die Identität des Kontoinhabers zu überprüfen;

8. Bescheinigung, dass das Kind kein Recht auf Familienleistungen im Land seines Wohnsitzes hat, wenn es im Ausland wohnt.

§3 – Das Antragsformular für die Geburtsprämie kann folgende Informationen enthalten, die den Antragsteller, das Kind und den Elternteil betreffen:
1. die in Paragraf 2 aufgeführten Informationen;
2. Informationen bezüglich des voraussichtlichen Geburtstermins.

§4 – Das Antragsformular für die Adoptionsprämie kann folgende Informationen enthalten, die den Antragsteller, das Kind und die Adoptierenden betreffen:
1. die in Paragraf 2 aufgeführten Informationen;
2. Dokumente, die die Absicht des Adoptierenden oder seines Ehepartners ausdrücken, das Kind zu adoptieren.

Art. 22 – Aufbewahrung der Daten

Die in Artikel 21 erwähnten Daten werden unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, wie folgt aufbewahrt:
1. für ein Kind, das nie tatsächlich Anrecht auf die Aufzahlung einer Familienleistung hatte, während 5 Jahren nach dem Ende des Monats, in dem der Antrag auf eine Familienleistung gestellt wurde;
2. für ein Kind, das Anrecht auf die Auszahlung einer Familienleistung hatte, während 5 Jahren ab dem Ende des Monats, in dem zum letzten Mal Anrecht bestand, es sei denn, einige Daten sind notwendig für die Untersuchung des Anrechts eines anderen Kindes;
3. für ein Kind, für das ein administratives oder gerichtliches Verfahren anhängig ist, während 5 Jahren ab dem Ende des Monats, in dem das Verfahren beendet wurde.

Abschnitt 2 – Anträge

Art. 23 – Untersuchung von Amts wegen

Unter Berücksichtigung von Artikel 29 ist es materiell möglich, die Familienleistungen auszuzahlen, wenn die Verwaltung nach dem Auftreten eines Ereignisses, das ein Anrecht auf Familienleistungen eröffnet, über alle nötigen Informationen verfügt, die darauf schließen lassen, dass der Antragsteller alle Bedingungen erfüllt, um in den Genuss dieser Leistung zu kommen.

Art. 24 – Bearbeitung auf Antrag

Unbeschadet der Möglichkeit, das Anrecht gemäß Artikel 23 von Amts wegen zu bearbeiten, bearbeitet die Verwaltung das Anrecht auch auf Antrag. Der Antrag erfolgt anhand eines Formulars, durch das die in Artikel 21 aufgeführten Daten abgefragt werden können.

Abschnitt 3 – Beschlüsse

Art. 25 – Fristen für die Notifizierung

In Anwendung von Artikel 45 Absatz 3 Nummer 1 des Dekrets und unbeschadet des Artikels 26 setzt die Verwaltung die betroffenen Personen innerhalb von zwei Wochen ab

der Beschlussfassung und spätestens zum Zeitpunkt der Ausführung von jedem Beschluss, der sie betrifft, in Kenntnis.

Art. 26 – Freistellung von der Notifizierung

In Anwendung von Artikel 45 Absatz 3 Nummer 2 des Dekrets muss in folgenden Fällen keine Notifizierung erfolgen:

1. bei Fassung eines günstigen Beschlusses zur Gewährung einer Familienleistung;
2. bei Einstellung einer in Abschnitt 6 vorgesehenen provisorischen Auszahlung.

Art. 27 – Notifizierung durch Einschreiben

In Anwendung von Artikel 45 Absatz 3 Nummer 3 des Dekrets erfolgt jede Notifizierung eines Beschlusses zur Rückforderung einer zu Unrecht ausgezahlten Familienleistung per Einschreiben.

Wenn der Empfänger das in Absatz 1 erwähnte Einschreiben nicht abholt, notifiziert die Verwaltung dem Empfänger den Beschluss durch ein gewöhnliches Schreiben. Dieses Schreiben vermerkt das Datum des in Absatz 1 erwähnten Einschreibens. Das Datum des Einschreibens gilt als Referenzdatum für alle sich aus der Rückforderung ergebenden Rechtsfolgen und Fristen.

In Abweichung von Absatz 1 erfolgt eine Notifizierung nicht per Einschreiben, wenn der zu Unrecht ausgezahlte Betrag die Summe von 50 Euro nicht übersteigt.

Abschnitt 4 – Durch die Verwaltung oder den Antragsteller zu erteilende Informationen

Art. 28 – Durch die Verwaltung zu erteilende Informationen

Für die Anwendung von Artikel 41 des Dekrets erteilt die Verwaltung dem Antragsteller folgende dienliche Informationen:

1. die Gewährungsbedingungen der jeweils beantragten Familienleistung;
2. die Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Gewährung der Familienleistung;
3. die für die Berechnung des Betrags der Familienleistung in Betracht gezogenen Elemente;
4. die in der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG sowie die im Gesetz vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten erwähnten Informationen. Diese Informationen erteilt die Verwaltung dem Antragsteller zum Zeitpunkt des Antrags aus eigener Initiative.

Die Verwaltung informiert den Antragsteller von Amts wegen bei jeder Eröffnung des Anrechts auf eine Familienleistung darüber, welche Informationen er der Verwaltung gemäß Artikel 29 zwecks korrekter Bearbeitung des Antrags auf Familienleistungen zu erbringen hat.

Art. 29 – Durch den Antragsteller zu erteilende Informationen

Der Antragsteller informiert die Verwaltung unverzüglich über jedes Element, das eine Änderung bezüglich der Gewährung oder der Auszahlung einer Familienleistung zur Folge

haben könnte, mit Ausnahme des Inkrafttretens einer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmung, die sie betreffen könnte.

Abschnitt 5 – Auszahlung

Art. 30 – Auszahlungszeitpunkt

Unbeschadet des Artikels 44 des Dekrets werden die Familienleistungen spätestens am 8. Tag des Monats gezahlt, der dem Monat folgt, auf den sie sich beziehen.

Unbeschadet der Anwendung von Absatz 1 gilt eine Auszahlung als verspätet im Sinne von Artikel 52 des Dekretes, wenn sie nicht im Laufe des Monats nach dem Monat, auf den sie sich bezieht, erfolgt.

Art. 31 – Auszahlung auf eine Zahlungskarte

In Anwendung von Artikel 50 §2 Absatz 1 des Dekrets können die Familienleistungen auf eine Zahlungskarte gezahlt werden, mit der Debitkartentransaktionen im Sinne der Verordnung (EU) 2015/751 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge getätigt werden können und die die Verwaltung dem Empfänger übergibt.

Abschnitt 6 – Provisorische Auszahlung

Art. 32 – Gemeinsame Bestimmungen

Unter Berücksichtigung der Rechtsvorschriften der Europäischen Union, die auf die Familienleistungen anwendbar sind, kann die Verwaltung die Familienleistungen in den im vorliegenden Abschnitt erwähnten Fällen gemäß den dort festgelegten Modalitäten provisorisch an Kinder mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet auszahlen.

Art. 33 – Berufsständische Situation

Wenn Informationen über die berufsständische Situation einer Person, die für die Anwendung der Rechtsvorschriften der europäischen Union im Bereich der Familienleistungen zu berücksichtigen ist, für einen Monat nicht vorliegen oder unvollständig sind, kann die Verwaltung die Familienleistungen fortzahlen bis zum Ende des Quartals nach dem Quartal, in dem sich der betreffende Monat befindet.

Art. 34 – Provisorische Fortzahlung nach Anfrage von periodischen Bescheinigungen oder Formularen

Die Verwaltung nimmt für den Monat, in dem sie eine periodische Bescheinigung oder ein periodisches Formular zur Bestätigung des Anrechts auf Familienleistungen angefordert hat, für den Vormonat und für den Folgemonat die provisorische Fortzahlung der entsprechenden Familienleistungen vor.

Abschnitt 7 – Besondere Auszahlungsmodalitäten

Art. 35 – Vorgezogene Auszahlung der Geburtsprämie

Der Antragsteller, der von der in Artikel 51 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets erwähnten Möglichkeit der vorgezogenen Auszahlung der Geburtsprämie Gebrauch macht, fügt dem in Artikel 24 erwähnten Antragsformular ein ärztliches Attest bei, aus dem der voraussichtliche Geburtstermin hervorgeht und das nicht mehr als vier Monate vor diesem Termin ausgestellt wurde.

Abschnitt 8 – Verrechnung mit ausländischen Familienleistungen

Art. 36 – Den Beamten und anderen Bediensteten der Europäischen Union gleichgestelltes Personal

Für die Anwendung von Artikel 54 Absatz 3 Nummer 2 des Dekrets werden folgende Bestimmungen den statutarischen Bestimmungen, die auf Beamte und andere Bedienstete der Europäischen Union anwendbar sind, gleichgesetzt:

1. die auf das Lehrpersonal der Europäischen Schulen anwendbaren statutarischen Bestimmungen;
2. die auf das ständige Personal von Eurocontrol anwendbaren statutarischen Bestimmungen.

Art. 37 – Provisorisch auszuzahlender Differenzbetrag

Für die Anwendung von Artikel 54 Absatz 3 Nummer 1 des Dekrets zahlt die Verwaltung als provisorischen Differenzbetrag die Differenz zwischen dem Betrag, auf den das Kind aufgrund des Dekrets Anrecht hat, und dem Betrag, auf den das Kind voraussichtlich aufgrund der ausländischen Gesetzgebung im Bereich Familienleistung Anrecht hat, wenn das Anrecht aufgrund des Dekrets höher ist.

Die Verwaltung ermittelt diesen Differenzbetrag anhand der Dokumente, die ihr zur Verfügung stehen und die Aufschluss über das voraussichtliche Anrecht auf ausländische Familienleistungen und über aufgrund des Dekrets zu zahlende Familienleistungen geben. Zu diesem Zweck übermittelt der Antragsteller der Verwaltung alle zweckdienlichen Informationen, die Aufschluss über das Anrecht auf die ausländischen Familienleistungen und ihre Höhe geben.

Stehen der Verwaltung zum Zeitpunkt der Auszahlung einer Familienleistung nicht ausreichend Informationen über das voraussichtliche Anrecht auf ausländische Familienleistungen zur Verfügung, die es ihr erlauben, den voraussichtlichen Differenzbetrag zu ermitteln, reduziert sie den provisorischen auszuzahlenden Differenzbetrag auf 0 Euro.

Abschnitt 9 – Rückforderungsverfahren

Art. 38 – Außergerichtliche Rückforderung

§1 – Unbeschadet des Artikels 49 des Dekrets und des Artikels 25 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft fasst die Verwaltung einen Beschluss über die Rückforderung des entsprechenden Betrags, wenn sie feststellt, dass eine Familienleistung zu Unrecht ausgezahlt wurde.

§2 – Der zu Unrecht ausgezahlte Betrag, der dem Empfänger gemäß Artikel 27 notifiziert wurde, wird von ausstehenden Familienleistungen an den betreffenden Empfänger einbehalten.

§3 – Wenn keine Leistungen an den betreffenden Empfänger mehr ausstehen und eine Rückforderung durch Einbehaltung gemäß Paragraf 2 nicht möglich ist, fordert die Verwaltung den Empfänger zur vollständigen Rückzahlung des zu Unrecht ausgezahlten Betrags innerhalb einer Frist von 60 Tagen ab der Notifizierung auf. Dieser Beschluss kann zusammen mit dem in Paragraf 1 erwähnten Beschluss notifiziert werden.

In dem in Absatz 1 erwähnten Fall kann der Empfänger der Verwaltung innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab der in Absatz 1 erwähnten Notifizierung einen Vorschlag auf Rückzahlung in Teilzahlungen übermitteln. Der Vorschlag unterbricht die in Absatz 1 erwähnte Frist zur vollständigen Rückzahlung nicht.

Die Verwaltung akzeptiert den Vorschlag wenn:
1. der zu Unrecht ausgezahlte Betrag nicht auf Betrug, arglistige Täuschung, betrügerische Handlungen oder auf eine in Artikel 48 Absatz 3 des Dekrets erwähnte Verfehlung des Empfängers zurückgeht und;
2. der vorgeschlagene Zeitraum der Rückzahlung angemessen ist.

Der in Anwendung von Absatz 3 gefasste Beschluss wird dem Empfänger innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab Übermittlung seines Vorschlags notifiziert. In Ermangelung einer Notifizierung innerhalb dieser Frist gilt der Vorschlag auf Rückzahlung in Teilzahlungen als abgelehnt.

§4 – Nach Tilgung der Schuld übermittelt die Verwaltung dem Empfänger eine Bestätigung darüber, dass die zu Unrecht ausgezahlten Beträge vollständig zurückgezahlt wurden.

Art. 39 – Gerichtliche Rückforderung

Unbeschadet des Artikels 25 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft leitet die Verwaltung nach der Aufforderung der Zahlung der zu Unrecht ausgezahlten Beträge in Anwendung von Artikel 38 §3 Absatz 1 oder bei Nicht-Einhaltung der Bedingungen des in Artikel 38 §3 Absätze 2 und 3 erwähnten Vorschlags auf Rückzahlung in Teilzahlungen ein Verfahren auf Rückforderung der zu Unrecht ausgezahlten Beträge aufgrund von Artikel 580 Nummer 8 Buchstabe b) des Gerichtsgesetzbuches ein, wenn sie feststellt, dass sie die Beträge nicht auf außergerichtlichem Weg zurückfordern kann.

Art. 40 – Nichteintreibung von zu unsicheren oder zu kostspieligen Rückforderungen

§1 – Die Regierung kann von der in Artikel 39 erwähnten gerichtlichen Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge absehen und sie als nicht eintreibbar erklären, wenn diese den Gesamtbetrag von 800 Euro nicht überschreiten.

Unter der Bedingung, dass die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge durch eine künftige Einbehaltung auf noch ausstehende Leistungen nicht möglich ist und dass die sich daraus ergebende Schuld den Betrag von 30 Euro nicht überschreitet, kann die Regierung von der in Artikel 38 erwähnten außergerichtlichen Rückforderung absehen und die Beträge als nicht eintreibbar erklären.

§2 – Die Regierung kann von der Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge durch Zwangsvollstreckung absehen und sie als nicht eintreibbar erklären, wenn diese den Gesamtbetrag von 800 Euro nicht überschreiten.

Wenn der geschuldete Gesamtbetrag die Summe von 800 Euro nicht überschreitet, kann die Regierung ebenfalls davon absehen, den Konkursverwalter auf Aufnahme des Schuldners zu laden.

§3 – Die Regierung kann von jeglicher Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge durch Rechtsverfolgung oder Zwangsvollstreckung absehen und die entsprechenden Beträge als nicht eintreibbar erklären, wenn der Schuldner seinen Wohnsitz im Ausland hat und keine pfändbaren Güter in Belgien hat.

§4 – Die Regierung kann auf eine Rückforderung durch Zwangsvollstreckung verzichten und die Beträge als nicht eintreibbar erklären, wenn der Gesamtwert der gepfändeten Güter unzureichend für die Deckung der für die Weiterführung des Verfahrens nötigen Kosten scheint.

Art. 41 – Nichteintreibung aus sozialen Gründen

§1 – Die Regierung kann in dem in Artikel 59 §3 des Dekrets erwähnten Fall je nach verfügbarem Haushaltseinkommen auf die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge verzichten und entsprechend als nicht eintreibbar erklären. Als verfügbares Haushaltseinkommen gilt jeder Betrag gleich welcher Art, über den der Antragsteller, sein Ehepartner sowie die Person, mit der er eine Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen getätigt hat, verfügt. Ausgenommen von diesem Betrag sind die Familienleistungen, die die vorerwähnten Personen erhalten.

Verzichtet die Regierung in Anwendung von Absatz 1 auf die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge und erklärt diese entsprechend als nicht eintreibbar, erfolgt dies:

1. zu 100% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen des Antragstellers nicht über dem in Artikel 1409 §1 Absatz 3 des Gerichtsgesetzbuches festgelegten Betrag liegt;
2. zu 90% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 103 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
3. zu 80% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 106 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt ;
4. zu 70% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 109 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
5. zu 60% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 112 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
6. zu 50% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 115 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
7. zu 40% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 118 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
8. zu 30% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 121 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
9. zu 20% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über 124 % des in Nummer 1 festgelegten Betrags liegt;
10. zu 10% des geschuldeten Betrags, wenn das verfügbare Einkommen nicht über dem in Artikel 1409 §1 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuches festgelegten Betrag liegt.

Wenn das verfügbare Einkommen über dem in Absatz 1 Nummer 10 festgelegten Betrag liegt, kann die Regierung nicht mehr aufgrund von Absatz 1 auf die Rückforderung verzichten.

Falls die in Anwendung von Absatz 2 ermittelten Beträge den Bruchteil eines Euro enthalten, wird dieser Bruchteil eines Euro zum vollständigen Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht.

Das verfügbare Haushaltseinkommen wird für die Anwendung der Absätze 1 und 2 pro kindergeldberechtigtem Kind, für das der Antragsteller Kindergeld erhält, gemindert um den in Artikel 1409 §1 Absatz 4 des Gerichtsgesetzbuches festgelegten Betrag.

Für die Festlegung des verfügbaren Haushaltseinkommens wird die Situation des Haushaltes zum Zeitpunkt des Antrags auf Verzicht der Rückforderung berücksichtigt.

§2 – In Anwendung von Artikel 59 §3 Absatz 2 des Dekrets kann die Regierung von einer Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge absehen und die Beträge als nicht eintreibbar erklären, wenn sich der Antragsteller in einer außergewöhnlich prekären finanziellen Situation befindet.

§3 – Für die Anwendung des vorliegenden Artikels übermittelt der Antragsteller der Regierung jedes sachdienliche Dokument, das für die Berechnung des verfügbaren Haushaltseinkommens benötigt wird.

Das Vorhandensein einer außergewöhnlich prekären finanziellen Situation wird mit vorheriger Zustimmung des Antragstellers im Rahmen eines Hausbesuchs am Wohnsitz desselben durch einen in Artikel 67 des Dekrets erwähnten Inspektor überprüft, außer wenn aus den in Absatz 1 erwähnten Dokumenten hervorgeht, dass das verfügbare Haushaltseinkommen über den in §1 Absatz 2 festgelegten Beträgen liegt und der Antragsteller sich nicht in einer außergewöhnlich prekären finanziellen Situation befindet.

Die Weigerung des Antragstellers, die nötigen Dokumente für die Anwendung des vorliegenden Artikels beizubringen oder dem Inspektor Zutritt zum Wohnsitz zu verschaffen, gilt als Rücknahme des Antrags auf Verzicht der Rückforderung.

§4 – Die Regierung fasst ihren Beschluss über die Nichteintreibung innerhalb der in Artikel 44 des Dekrets vorgesehenen Frist.

§5 – Zwangsvollstreckungsmaßnahmen werden ausgesetzt, sobald ein Antragsteller einen Antrag auf Verzicht der Rückforderung stellt. Sie werden wieder aufgenommen ab dem Datum, an dem ein Beschluss über diesen Antrag gefasst wurde.

Art. 42 – Entwicklung der Grenzbeträge

Die in den Artikeln 38 und 40 genannten Beträge werden gemäß den Modalitäten von Artikel 38 des Dekrets angeglichen. Falls die so ermittelten Beträge den Bruchteil eines Euro enthalten, wird dieser Bruchteil eines Euro zum vollständigen Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht.

KAPITEL 7 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 43 – Abänderungsbestimmung

Artikel 77 Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 9. April 1965 über den Pool der Seeleute der Handelsmarine, abgeändert durch den Erlass vom 30. Dezember 1985, wird aufgehoben.

Art. 44 – Abänderungsbestimmung

Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 11. März 2002 zur Ausführung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der "Charta" der Sozialversicherten und zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. April 1976 zur Festlegung der Regelung der Familienleistungen für Selbständige wird aufgehoben.

Art. 45 – Aufhebungsbestimmung

Sind aufgehoben:

1. der Königliche Erlass vom 22. Januar 1952 zur Ausführung des Artikels 41 Absatz 2 e) der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

2. der Königliche Erlass vom 21. September 1953 zur Ausführung von Artikel 34 letzter Absatz der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

3. der Königliche Erlass vom 10. März 1964 zur Festlegung der Bedingungen, die ein Kind mit einer Behinderung erfüllen muss, um Familienleistungen in Anwendung von Artikel 47 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger zu erhalten, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 12. November 1987;

4. der Königliche Erlass vom 26. März 1965 über die Familienbeihilfen zugunsten bestimmter, vom Staat entlohnter Personalkategorien und der Personalmitglieder des Einsatzkaders und des Verwaltungs- und Logistikkaders der lokalen Polizeikorps, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 15. Juli 2013;

5. der Königliche Erlass vom 19. Dezember 1967 zur Festlegung der Kontrollmaßnahmen im Falle eines Anschlusses von Arbeitgebern, die bei einer Kinderzulagenkasse kündigen;

6. der Königliche Erlass vom 16. Februar 1968 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen, und der Periode, während deren Kinderzulagen gewährt werden zugunsten eines Kindes, das am Ende eines Hochschulstudiums eine Abschlussarbeit vorbereitet, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 10. August 2005;

7. der Königliche Erlass vom 4. Juli 1969 über die Erteilung von Familienbeihilfen zugunsten des in Artikel 56septies der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnten Kindes mit einer Behinderung, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 3. Mai 1991;

8. der Königliche Erlass vom 19. August 1969 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kinderzulagen gewährt werden zugunsten eines Kindes, das ein Praktikum absolviert, um in ein Amt ernannt werden zu können, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 10. August 2005;

9. der Königliche Erlass vom 18. Dezember 1973 zur Festlegung der Feststellungsweise der Beeinträchtigung von einigen Personen zwecks Anwendung der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 3. Juli 1991;

10. der Königliche Erlass vom 20. Mai 1974 zur Ausführung von Artikel 107 §4 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

11. der Königliche Erlass vom 30. Dezember 1975 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kinderzulagen zugunsten eines Kindes, das dem Unterricht folgt, bewilligt werden, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 10. August 2005;

12. der Königliche Erlass vom 6. März 1979 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kinderzulagen zugunsten eines Kindes, das durch einen Lehrvertrag gebunden ist, bewilligt werden, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 22. Mai 2005;

13. der Königliche Erlass vom 8. Juli 1981 zur Ausführung von Artikel 57bis der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger, abgeändert durch den Erlass vom 23. Mai 1990;

14. der Königliche Erlass vom 12. April 1984 zur Festlegung der Verpflichtung, jedes Element, das eine Änderung bezüglich der Gewährung oder der Auszahlung einer Fami-

lienleistung zur Folge haben könnte, mitzuteilen, abgeändert durch den Erlass vom 17. Dezember 1992;

15. der Königliche Erlass vom 12. August 1985 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kinderzulagen zugunsten das Kindes, das der Teilzeitschulpflicht unterliegt, bewilligt werden, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 9. Juni 1995;

16.der Königliche Erlass vom 12. August 1985 zur Ausführung von Artikel 62 § 5 allgemeinen Familienbeihilfengesetzes, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 22. Mai 2014;

17. der Königliche Erlass vom 24. Juni 1987 zur Festlegung der Fälle, in denen die Gewährung der Kinderzulagen ausgesetzt wird, wenn das Kind seinen Militär- oder Zivildienst leistet;

18. der Königliche Erlass vom 26. Juni 1987 zur Ausführung von Artikel 119bis des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 4. Mai 2017;

19. der Königliche Erlass vom 12. November 1987 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Familienleistungen an das in Artikel 47 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnte Kind mit einer Behinderung bewilligt werden, abgeändert durch den Erlass vom 3. Mai 1991;

20. der Königliche Erlass vom 12. November 1987 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Familienleistungen an das in Artikel 63 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnte Kind mit einer Behinderung bewilligt werden, abgeändert durch den Erlass vom 3. Mai 1991;

21. der Königliche Erlass vom 12. Juni 1989 zur Ausführung von Artikel 71 §2 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 10. Juni 2001;

22. der Königliche Erlass vom 4. April 1991 zur Ausführung von Artikel 3bis des Gesetzes vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen zwecks Festlegung der Beträge, die als Vorschuss gezahlt werden, abgeändert durch den Erlass vom 18. Dezember 1996;

23. der Königliche Erlass vom 3. Mai 1991 zur Ausführung der Artikel 47, 56septies, und 63 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger und des Artikel 96 des Gesetzes vom 29. Dezember 1990 zur Festlegung sozialer Bestimmungen, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 9. Februar 2010;

24. der Königliche Erlass vom 25. Februar 1994 zur Festlegung der Bedingungen für die Gewährung der Familienleistungen an Arbeitslose, abgeändert durch den Erlass vom 29. März 2012;

25. der Königliche Erlass vom 25. April 1997 zur Ausführung von Artikel 71 §1bis des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 22. Mai 2014;

26. der Königliche Erlass vom 24. November 1997 zur Ausführung der Artikel 3, 7 und 24 des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der "Charta" der Sozialversicherten mit Bezug auf die in den Artikeln 19, 31, 32 und 33 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnten Einrichtungen für Familienbeihilfen, abgeändert durch den Erlass vom 28. April 2009;

27. der Königliche Erlass vom 9. Juni 1999 über das Geschäftsführungskonto und die Verwaltungsrücklage der Kassen für Familienbeihilfen, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 22. Mai 2014;

28. der Königliche Erlass vom 1. März 2000 zur Ausführung von Artikel 42bis der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger und zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. April 1997 zur Ausführung von Artikel 71 §1bis der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger, abgeändert durch den Erlass vom 11. Januar 2007;

29. der Königliche Erlass vom 13. März 2001 zur Ausführung von Artikel 102 §1 Absatz 1 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger, abgeändert durch den Erlass vom 29. Januar 2013;

30. der Königliche Erlass vom 2. August 2002 zur Ausführung von Artikel 60 §1 Absatz 3 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

31. der Königliche Erlass vom 11. Juni 2003 zur Festlegung des Betrags und der Gewährungsmodalitäten der in Artikel 70ter der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnten pauschalen Zulage;

32. der Königliche Erlass vom 19. April 2005 zur Ausführung von Artikel 69 §2bis der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

33. der Königliche Erlass vom 19. April 2005 zur Ausführung von Artikel 102 §1 Absatz 1 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

34. der Königliche Erlass vom 10. August 2005 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kinderzulagen gewährt werden für ein Kind, das Unterrichtskurse besucht oder seine Ausbildung fortsetzt, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 22. Mai 2014;

35. der Königliche Erlass vom 20. Juli 2006 über die Erhöhung der in den Artikeln 44 und 44bis der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnten altersbedingten Zuschläge;

36. der Königliche Erlass vom 11. Januar 2007 zur Ausführung von Artikel 56 §2 Absatz 3 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

37. der Königliche Erlass vom 3. August 2007 zur Ausführung von Artikel 50quinquies der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

38. der Ministerielle Erlass vom 26. Mai 1958 zur Festlegung der Arbeitslosigkeitstage, die für das System der Kinderzulagen für Arbeitnehmer den tatsächlichen Arbeitstagen aus Gründen des Personenstands oder aufgrund von staatsbürgerlichen und gewerkschaftlichen Pflichten gleichgestellt werden, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 29. Juni 1978;

39. der Ministerielle Erlass vom 12. Juni 1974 zur Beauftragung der Inspektoren und beigeordneten Inspektoren der Sozialinspektion des Ministeriums für Sozialfürsorge zwecks Überwachung der Ausführung der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger;

40. der Ministerielle Erlass vom 18. Januar 2000 zur Bestimmung der Beamten, die zuständig für Abweichungsanfragen im Bereich der Familienleistungen sind;

41. der Ministerielle Erlass vom 15. März 2001 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Familienleistungen Grenzgängern erteilt werden, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 1. Februar 2013;

42. der Ministerielle Erlass vom 26. Juni 2002 bezüglich des Gebrauchs der in Artikel 71 §3 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnten Dokumente, Bescheinigungen oder Brevets zwecks Übermittlung der für die Festlegung der Rechte auf Familienleistungen nötigen Daten;

43. der Ministerielle Erlass vom 19. April 2005 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Familienleistungen Personen erteilt werden, die Opfer einer Kindesentführung sind.

Art. 46 – Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Art. 47 – Durchführungsbestimmung

Der für Familie zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

Voorontwerp van een besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen, artikel 9, § 3, tweede lid, artikel 11, tweede lid, artikel 22, tweede lid, artikel 28, § 1, derde lid, artikel 28, § 2, tweede lid, artikel 36, tweede lid, artikel 40, tweede lid, 1° tot 4°, artikel 41, derde lid, artikel 45, derde lid, artikel 50, § 1, derde lid, artikel 50, § 2, eerste lid, artikel 51, eerste lid, 2°, artikel 54, derde lid, artikel 58, derde lid, artikel 59, §§ 1 tot 2, artikel 59, § 3, eerste lid, 3°, en tweede lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 22 januari 1952 ter uitvoering van artikel 41, Lid 2, E, van de geordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 21 september 1953 genomen ter uitvoering van artikel 34, laatste lid, van de geordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 10 maart 1964 tot vaststelling van de voorwaarden waaraan een mindervalide kind moet voldoen om de kinderbijslag te genieten bij toepassing van artikel 47 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor werknemers;

Gelet op het koninklijk besluit van 26 maart 1965 betreffende de kinderbijslag voor bepaalde categorieën van het door de Staat bezoldigd personeel alsmede voor de personeelsleden van het operationeel kader en van het administratief en logistiek kader van de korpsen van de lokale politie;

Gelet op het koninklijk besluit van 9 april 1965 betreffende de Pool van de zeelieden ter koopvaardij;

Gelet op het koninklijk besluit van 19 december 1967 tot bepaling van maatregelen van toezicht bij aansluiting van werkgevers die ontslag nemen bij een kinderbijslagfonds;

Gelet op het koninklijk besluit van 16 februari 1968 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder en van de periode gedurende welke kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat een verhandeling bij het einde van hogere studiën voorbereidt;

Gelet op het koninklijk besluit van 4 juli 1969 betreffende de toekenning van gezinsbijslag ten behoeve van het gehandicapte kind bedoeld bij artikel 56septies van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 19 augustus 1969 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat een stage maakt om in een ambt te kunnen worden benoemd;

Gelet op het koninklijk besluit van 18 december 1973 tot bepaling van de wijze waarop de ongeschiktheid van sommige personen wordt vastgesteld voor de toepassing van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 20 mei 1974 tot uitvoering van artikel 107, par. 4, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 30 december 1975 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat onderwijs volgt;

Gelet op het koninklijk besluit van 6 maart 1979 tot bepaling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat verbonden is door een leerovereenkomst;

Gelet op het koninklijk besluit van 8 juli 1981 tot uitvoering van artikel 57bis van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 12 april 1984 tot vaststelling van de verplichting om elke wijziging die de toekenning of de betaling van de gezinsbijslag in de kinderbijslagregeling voor werknemers kan beïnvloeden, mede te delen;

Gelet op het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot bepaling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend voor het kind dat onderworpen is aan de deeltijdse leerplicht;

Gelet op het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot uitvoering van artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet;

Gelet op het koninklijk besluit van 24 juni 1987 tot bepaling van de gevallen waarin de toekenning van de kinderbijslag wordt geschorst als het kind zijn legerdienst of burgerdienst vervult;

Gelet op het koninklijk besluit van 26 juni 1987 tot uitvoering van artikel 119bis van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 12 november 1987 tot bepaling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het gehandicapte kind, bedoeld in artikel 47 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 12 november 1987 tot bepaling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het gehandicapte kind, bedoeld in artikel 63 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 12 juni 1989 tot uitvoering van artikel 71, § 2, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 4 april 1991 tot uitvoering van artikel 3bis van de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag, houdende vaststelling van bedragen die bij wijze van voorschot worden betaald;

Gelet op het koninklijk besluit van 3 mei 1991 tot uitvoering van de artikelen 47, 56septies en 63 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loon-

arbeiders en van artikel 96 van de wet van 29 december 1990 houdende sociale bepalingen;

Gelet op het koninklijk besluit van 25 februari 1994 tot bepaling van de toekenningsvoorwaarden van de gezinsbijslag in hoofde van de werklozen;

Gelet op het koninklijk besluit van 25 april 1997 tot uitvoering van artikel 71, § 1bis, van de Algemene kinderbijslagwet;

Gelet op het koninklijk besluit van 24 november 1997 ter uitvoering van de artikelen 3, 7 en 24 van de wet van 11 april 1995 tot invoering van het "handvest" van de sociaal verzekerde voor de kinderbijslaginstellingen bedoeld in de artikelen 19, 31, 32 en 33 van de samen geordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 9 juni 1999 betreffende de beheersrekening en de administratieve reserve van de kinderbijslagfondsen;

Gelet op het koninklijk besluit van 1 maart 2000 tot uitvoering van artikel 42*bis* van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders en tot wijziging van het koninklijk besluit van 25 april 1997 tot uitvoering van artikel 71, § 1*bis* van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 13 maart 2001 tot uitvoering van artikel 102, § 1, eerste lid, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 11 maart 2002 tot uitvoering van sommige bepalingen van de wet van 11 april 1995 tot invoering van het "handvest" van de sociaal verzekerde, en tot wijziging van het koninklijk besluit van 8 april 1976 houdende regeling van de gezinsbijslag ten voordele van de zelfstandigen;

Gelet op het koninklijk besluit van 2 augustus 2002 tot uitvoering van artikel 60, § 1, derde lid, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 11 juni 2003 tot vaststelling van het bedrag en de toekenningsmodaliteiten van de forfaitaire bijslag bedoeld in artikel 70ter van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 19 april 2005 tot uitvoering van artikel 69, § 2bis, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 19 april 2005 tot uitvoering van artikel 102, § 1, eerste lid, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 10 augustus 2005 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat onderwijs volgt of een vorming doorloopt;

Gelet op het koninklijk besluit van 20 juli 2006 tot verhoging van de leeftijdstoeslagen bedoeld in de artikelen 44 en 44bis van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 11 januari 2007 tot uitvoering van artikel 56, § 2, derde lid, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het koninklijk besluit van 3 augustus 2007 tot uitvoering van artikel 50quinquies van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het ministerieel besluit van 26 mei 1958 tot vaststelling der dagen van werkloosheid welke, in het stelsel van de kinderbijslag voor loonarbeiders, met werkelijk volbrachte arbeidsdagen worden gelijkgesteld om redenen van burgerlijke stand, van burgerschap- of syndikale verplichtingen;

Gelet op het ministerieel besluit van 12 juni 1974 waarbij de inspecteurs en de adjunct-inspecteurs van de Sociale Inspectie van het Ministerie van Sociale Voorzorg belast worden met het toezicht over de uitvoering van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het ministerieel besluit van 18 januari 2000 tot aanwijzing van de ambtenaren die bevoegd zijn om te beslissen over de aanvragen om afwijkingen inzake gezinsbijslag;

Gelet op het ministerieel besluit van 15 maart 2001 tot bepaling van de voorwaarden waaronder gezinsbijslag wordt toegekend uit hoofde van grensarbeiders;

Gelet op het ministerieel besluit van 26 juni 2002 betreffende het gebruik, met het oog op de overdracht van gegevens nodig voor de vaststelling van de rechten op kinderbijslag, van de documenten, certificaten of brevetten, bedoeld in artikel 71, § 3, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

Gelet op het ministerieel besluit van 19 april 2005 tot bepaling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt toegekend uit hoofde van personen die slachtoffer zijn van de ontvoering van het kind.

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op ...;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. ...;

Gelet op het advies van de Raad voor Gezinsbijslagen, gegeven op ...;

Gelet op advies ... van de Raad van State, gegeven op ..., met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Definities

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1° decreet: het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen;

2° administratie: het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

3° besluit van 28 maart 2003: het koninklijk besluit van 28 maart 2003 tot uitvoering van de artikelen 47, 56septies en 63 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders en van artikel 88 van de programmawet (I) van 24 december 2002;

4° nuttige inlichtingen: alle inlichtingen die de aanvrager duidelijkheid verschaffen over zijn persoonlijke situatie in verband met de gezinsbijslagen.

HOOFDSTUK 2 – OPLEIDING EN BEROEPSACTIVITEIT

Afdeling 1 – Opleiding

Onderafdeling 1 – Gemeenschappelijke bepalingen

Art. 2 – Toekenning van de basiskinderbijslag op basis van een opleiding

Op basis van artikel 9, § 3, van het decreet wordt de basiskinderbijslag toegekend aan elk kind dat een opleiding bedoeld in deze afdeling volgt.

Art. 3 – Bepaling van de opleidingsperiode

Tijdens de volgende perioden wordt een kind geacht een in deze afdeling vermelde opleiding te volgen:

1° tijdens de periode waarin het voor één van die opleidingen ingeschreven is bij een onderwijs- of opleidingsinstelling;

2° tijdens het hele schooljaar, wanneer het uiterlijk op 30 november van het schooljaar in kwestie voor een opleiding ingeschreven is;

3° tijdens de periode tussen twee opeenvolgende schooljaren, wanneer het kind na de zomervakantie opnieuw een opleiding volgt;

4° tijdens de zomervakantie na beëindiging van het schooljaar aan de onderwijs- of opleidingsinstelling die het kind verlaat, wanneer het kind na de zomervakantie geen opleiding meer volgt. De zomervakantie wordt geacht voorbij te zijn, zodra het volgende schooljaar begint en uiterlijk 120 dagen na het begin van die vakantie.

Het kind dat tot het einde van een schooljaar voor een opleiding ingeschreven was en zich wegens ziekte niet kan laten inschrijven voor het volgende schooljaar, wordt tot het einde van de zomervakantie na dat volgende schooljaar geacht een opleiding te volgen.

Het feit dat het kind zich wegens ziekte niet voor het volgende schooljaar kan laten inschrijven, bewijst de aanvrager met een geneeskundig getuigschrift.

Art. 4 – Uitsluiting van de werkzoekende

Een inschrijving als werkzoekende leidt tot het weerlegbare vermoeden dat een kind geen opleiding meer volgt.

In afwijking van het eerste lid leidt een inschrijving als werkzoekende tijdens de zomervakantie tot het weerlegbare vermoeden dat een kind na het einde van de zomervakantie geen opleiding meer volgt.

Het vermoeden kan weerlegd worden door een nieuw bewijs dat het kind nog altijd in een onderwijs- of opleidingsinstelling ingeschreven is.

Onderafdeling 2 – Leertijd en deeltijds onderwijs

Art. 5 – Leertijd en daarmee gelijkgestelde opleidingen

Een leertijd wordt beschouwd als een opleiding, als de desbetreffende leerovereenkomst of de desbetreffende leerverbintenis erkend en gecontroleerd wordt:
1° overeenkomstig de bepalingen inzake opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en in kleine en middelgrote ondernemingen;
2° overeenkomstig de bepalingen betreffende het industrieel leerlingwezen;
3° overeenkomstig artikel 19 van de wet van 16 april 1963 betreffende de sociale reclassering van de mindervaliden.

De leertijden vermeld in het eerste lid worden gelijkgesteld met:
1° de leertijden buiten België waarvan het programma erkend is door de bevoegde buitenlandse autoriteit of overeenstemt met een door die autoriteit erkend programma;
2° de opleiding tot ondernemingshoofd en de meesterschapsstage;
3° de opleiding tot ondernemingshoofd.

Art. 6 – Deeltijds onderwijs en daarmee gelijkgestelde opleidingen

Deeltijds secundair onderwijs in het gewoon onderwijs, onderwijs in het gespecialiseerd onderwijs, alsook een 'erkende vorming' vermeld in artikel 2 van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht worden beschouwd als opleiding.

Onderwijs buiten België waarvan het programma erkend is door de bevoegde buitenlandse autoriteit of overeenstemt met een door die autoriteit erkend programma, wordt gelijkgesteld met onderwijs als vermeld in het eerste lid.

Onderafdeling 3 – School

Art. 7 – Schoolonderwijs

Cursussen aan een of meer onderwijsinstellingen worden als een opleiding beschouwd, als ze minstens 17 uur per week omvatten. Een lestijd van 45 minuten geldt als een uur.

De uren vermeld in het eerste lid worden gelijkgesteld met:
1° uren die besteed moeten worden aan praktische oefeningen in de onderwijsinstelling onder het toezicht van leerkrachten;
2° uren die onder toezicht als studie in de onderwijsinstelling moeten worden doorgebracht;
3° stages, voor zover die in het leerprogramma worden voorgeschreven;
4° uren in onderwijsinstellingen buiten België waarvan het programma erkend is door de bevoegde buitenlandse autoriteit of overeenstemt met een door die autoriteit erkend programma.

In afwijking van het eerste lid worden cursussen voor volwassenenvorming niet als een opleiding beschouwd.

Onderafdeling 4 – Instelling voor hoger onderwijs

Art. 8 – Hoger onderwijs

Hoger onderwijs wordt beschouwd als een opleiding, als het kind ingeschreven is voor een studierichting die leidt tot een door de Staat erkend bachelordiploma, masterdiploma of daarmee gelijkgesteld diploma.

Met het hoger onderwijs vermeld in het eerste lid, 1°, worden gelijkgesteld:
1° de opleiding tot bedienaar van een door de Staat erkende eredienst;
2° de wetenschappelijke leergangen als voorbereiding op de Koninklijke Militaire School of ingenieurstudiën.

Onderwijs in het kader van een doctoraal proefschrift wordt niet als een opleiding beschouwd.

Art. 9 – Hoger onderwijs dat niet tot een diploma leidt

In afwijking van artikel 8 wordt hoger onderwijs dat niet tot een door de Staat erkend bachelordiploma, masterdiploma of daarmee gelijkgesteld diploma leidt, als een opleiding beschouwd als het hoger onderwijs waarvoor het kind ingeschreven is, minstens 17 uur per week omvat. Een lestijd van 45 minuten geldt als een uur.

De lesuren in het kader van een doctoraal proefschrift komen niet in aanmerking voor de berekening van de uren vermeld in het eerste lid.

Onderafdeling 5 – Vermindering of beëindiging van de opleiding

Art. 10 – Vermindering of beëindiging van de opleiding

Er wordt van uitgegaan dat een kind niet langer een opleiding volgt, als:
1° het zijn inschrijving of inschrijvingen in de loop van het schooljaar terugschroeft onder het aantal uren vermeld in de artikelen 7 en 9;
2° de opleidingen vermeld in de artikelen 5 tot 9 in de loop van het schooljaar waarvoor het ingeschreven was, beëindigd worden.

Afdeling 2 – Winstgevende activiteit

Onderafdeling 1 – Activiteiten die tot de schorsing van het recht op gezinsbijslagen leiden

Art. 11 – Periode van de winstgevende activiteit

Een kind wordt voor een volledig kwartaal beschouwd als 'persoon die een winstgevende activiteit uitoefent' in de zin van artikel 11, eerste lid, van het decreet, als het binnen dat kwartaal gedurende minstens 24 dagen:
1° een winstgevende activiteit uitoefent in het kader van een arbeidsovereenkomst;
2° een winstgevende activiteit uitoefent in het kader van een statuut;
3° een winstgevende activiteit uitoefent als zelfstandige;
4° sociale uitkeringen ontvangt.

Als het kind een sociale uitkering krijgt die niet per dag betaald wordt, wordt rekening gehouden met het aantal werkdagen tijdens de periode waarvoor het die sociale uitkering

krijgt. Werkdagen zijn alle dagen met uitzondering van de zaterdagen, zondagen en wettelijke feestdagen.

Onderafdeling 2 – Activiteiten die niet tot de schorsing van het recht op gezinsbijslagen leiden

Art. 12 – Toegestane winstgevende activiteiten

In afwijking van artikel 11 worden de volgende activiteiten als toegestaan beschouwd en worden ze niet meegerekend voor de berekening van het daarin vermelde aantal dagen:

1° een activiteit die een kind uitoefent in het kader van een opleiding vermeld in de artikelen 5 tot 9;

2° de vrijwillige dienst van collectief nut in de zin van de wet van 11 april 2003 tot instelling van een vrijwillige dienst van collectief nut. De soldij bepaald in artikel 5 van dezelfde wet wordt niet als winst of sociale uitkering beschouwd;

3° een activiteit die een kind uitoefent in het kader van een overeenkomst voor tewerkstelling van studenten gedefinieerd in titel VII van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten;

4° vrijwilligerswerk in de zin van de wet van 3 juli 2005 betreffende de rechten van vrijwilligers. De vergoedingen in de zin van artikel 10 van dezelfde wet worden niet als winst of sociale uitkering beschouwd, als het onbezoldigde karakter van het vrijwilligerswerk overeenkomstig hetzelfde artikel van die wet daardoor niet verloren gaat;

5° de 'vrijwillige militaire inzet' in de zin van de wet van 10 januari 2010 tot instelling van de vrijwillige militaire inzet en tot wijziging van verschillende wetten van toepassing op het militair personeel, waartoe het kind zich krachtens artikel 21, tweede lid, van de voormelde wet verplicht heeft. De voordelen vermeld in artikel 50, tweede lid, van de voormelde wet worden niet als winst of sociale uitkering beschouwd;

6° een activiteit als zelfstandige waarvoor verminderde sociale bijdragen worden betaald overeenkomstig artikel 12, § 1ter, en § 2, en artikel 12bis van het koninklijk besluit nr. 38 van 27 juli 1967 houdende inrichting van het sociaal statuut der zelfstandigen;

7° activiteiten van vrijwillige brandweerlieden en vrijwillige ambulanciers die geen brandweerman zijn in de zin van de wet van 15 mei 2007 betreffende de civiele veiligheid.

Art. 13 – Sociale uitkeringen waarvan de ontvangst is toegestaan

De ontvangst van een sociale uitkering met toepassing van een Belgische of buitenlandse regeling inzake ziekte, invaliditeit, arbeidsongevallen, beroepsziekten of werkloosheid of de ontvangst van een 'uitkering voor de onderbreking van de beroepsloopbaan' vermeld in hoofdstuk IV, afdeling 5, van de herstelwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen wordt als toegestaan beschouwd en wordt niet meegerekend voor de berekening van het aantal dagen vermeld in artikel 11, op voorwaarde dat die uitkering betaald werd op grond van een toegestane activiteit vermeld in artikel 12.

Er wordt van uitgegaan dat de uitkering op grond van een toegestane activiteit vermeld in artikel 12 is uitbetaald, als het kind in het vorige kwartaal geen winstgevende activiteit heeft uitgeoefend.

HOOFDSTUK 3 – KINDEREN MET EEN BEPERKING

Art. 14 – Vaststelling van de beperking en toekenning van categorieën

De beperking wordt vastgesteld op basis van de bepalingen van het koninklijk besluit van 28 maart 2003.

Voor de toepassing van artikel 21 van het decreet worden de daar vermelde categorieen als volgt toegekend:

1° categorie 1 wordt toegekend bij het bereiken van het aantal punten vermeld in artikel 8, § 2, derde lid, van het koninklijk besluit van 28 maart 2003;

2° categorie 2 wordt toegekend bij het bereiken van het aantal punten vermeld in artikel 8, § 2, eerste lid, eerste streepje, van het koninklijk besluit van 28 maart 2003;

3° categorie 3 wordt toegekend bij het bereiken van het aantal punten vermeld in artikel 8, § 2, eerste lid, tweede streepje, van het koninklijk besluit van 28 maart 2003;

4° categorie 4 wordt toegekend bij het bereiken van het aantal punten vermeld in artikel 8, § 2, eerste lid, derde streepje, en artikel 8, § 2, derde lid, van het koninklijk besluit van 28 maart 2003;

5° categorie 5 wordt toegekend bij het bereiken van het aantal punten vermeld in artikel 8, § 2, eerste lid, vierde streepje, van het koninklijk besluit van 28 maart 2003;

6° categorie 6 wordt toegekend bij het bereiken van het aantal punten vermeld in artikel 8, § 2, eerste lid, vijfde streepje, van het koninklijk besluit van 28 maart 2003;

7° categorie 7 wordt toegekend bij het bereiken van het aantal punten vermeld in artikel 8, § 2, eerste lid, zesde streepje, van het koninklijk besluit van 28 maart 2003.

HOOFSTUK 4 – GEPLAATSTE KINDEREN

Art. 15 – Overheden

De kinderen vermeld in artikel 28, § 2, van het decreet kunnen in een instelling geplaatst worden bij beslissing van de volgende overheden of ten belaste van de volgende overheden:

1° rechters en rechtbanken die belast zijn met de toepassing van de bepalingen inzake jeugdbescherming of jeugdbijstand;

2° de dienst voor jeugdbijstand vermeld in artikel 8 van het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming;

3° de Duitstalige Gemeenschap en de overheden ervan die niet onder 2° vallen;

4° de openbare centra voor maatschappelijk welzijn.

Buitenlandse overheden of overheden van andere territoriale entiteiten worden gelijkgesteld met de overheden vermeld in het eerste lid, voor zover ze gelijkwaardige opdrachten vervullen.

Art. 16 – Plaatsing

§ 1 – Voor de toepassing van artikel 28, § 2, van het decreet geldt een kind als geplaatst, als het zich in een instelling onder de verantwoordelijkheid en het toezicht van die instelling bevindt om daar opgevoed en verzorgd te worden.

In afwijking van het eerste lid wordt een kind ook als geplaatst beschouwd, als:

1° het gaat om een minderjarig kind en;

2° een overheid of een erkende instelling, op grond van een bepaling inzake jeugdbescherming of jeugdbijstand van de federale overheid of van een gemeenschap, belast is met het toezicht of de begeleiding van het kind.

§ 2 – Een geplaatst kind geldt als geplaatst ten laste van een overheid, als de overheid tegemoetkomt in de onderhoudskosten van het kind.

Art. 17 – Instelling

Voor de toepassing van artikel 28, § 2, van het decreet wordt elke rechtspersoon waarin kinderen overeenkomstig artikel 16 geplaatst zijn, als instelling beschouwd.

HOOFDSTUK 5 – BIJSLAGTREKKENDEN

Art. 18 – Persoon die het kind werkelijk opvoedt

Voor de toepassing van artikel 28, § 1, tweede lid, van het decreet kan het bewijs van het tegendeel geleverd worden door alle juridische en feitelijke elementen die erop wijzen dat de aanvrager meer dan de helft van de onderhoudskosten draagt. Die elementen moeten worden ingediend bij de administratie.

Art. 19 – Ontvanger van de adoptiepremie

Voor de toepassing van artikel 36, eerste lid, 2°, van het decreet delen de adoptanten hun keuze mee aan de administratie op het tijdstip van de aanvraag van de gezinsbijslagen bepaald in artikel 24. Zij kunnen de keuze in dezelfde vorm wijzigen.

HOOFDSTUK 6 – TOEKENNINGSPROCEDURE EN TERUGVORDERINGSPROCEDURE

Afdeling 1 – Gemeenschappelijke bepalingen

Art. 20 – Verwerking van persoonsgegevens

De administratie verwerkt de persoonsgegevens die nodig zijn voor de behandeling van de aanvragen voor gezinsbijslag.

Art. 21 – Aanvraagformulieren

§ 1 – De administratie kan, naast de gegevens waartoe ze met inachtneming van de toepasselijke voorschriften inzake bescherming van de persoonsgegevens toegang heeft, in het bijzonder de in dit artikel vermelde inlichtingen opvragen via aanvraagformulieren.

§ 2 – Met het aanvraagformulier voor kinderbijslag kunnen de volgende inlichtingen worden opgevraagd over de aanvrager, het kind, de bijslagtrekkende, de sociaal verzekerde, de ouder, de persoon die het kind werkelijk opvoedt, het gezinslid en het familielid:

1° naam, voornaam, rijksregisternummer, identificatienummer van de sociale zekerheid, geboortedatum, overlijdensdatum of datum van 'verklaring van afwezigheid', geslacht, woonplaats, burgerlijke staat, telefoonnummer en e-mailadres;

2° samenstelling van het gezin, gezinssituatie en relatie tot het kind, ontvoogding;

3° gegevens over de opleiding;

4° gegevens over de vraag of recht op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging bestaat;

5° gegevens over de socioprofessionele situatie;

6° gegevens over het recht op kinderbijslag uit het buitenland;

7° rekeningnummer, bankadres en toestemming gegeven aan de administratie om de identiteit van de rekeninghouder te controleren;

8° attest dat het kind geen recht op gezinsbijslagen in het land van zijn woonplaats heeft, wanneer het in het buitenland woont.

§ 3 – Het formulier om de geboortepremie aan te vragen, kan de volgende inlichtingen over de aanvrager, het kind en de ouder bevatten:

1° de inlichtingen vermeld in paragraaf 2;

2° inlichtingen over de vermoedelijke geboortedatum.

§ 4 – Het formulier om de adoptiepremie aan te vragen, kan de volgende inlichtingen over de aanvrager, het kind en de adoptanten bevatten:

1° de inlichtingen vermeld in paragraaf 2;

2° documenten die de wil van de adoptant of van zijn echtgenoot uitdrukken om het kind te adopteren.

Art. 22 – Bewaring van de gegevens

Onverminderd andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaartermijn voorzien, worden de gegevens vermeld in artikel 21 als volgt bewaard:

1° voor een kind dat nooit werkelijk recht op uitbetaling van een gezinsbijslag had: tot 5 jaar na het einde van de maand waarin de aanvraag om een gezinsbijslag gedaan werd;

2° voor een kind dat recht op uitbetaling van een gezinsbijslag had: tot 5 jaar na het einde van de maand waarin het recht voor het laatst bestond, tenzij enkele gegevens noodzakelijk zijn om het recht van een ander kind te onderzoeken;

3° voor een kind dat het voorwerp is van een administratieve of gerechtelijke procedure: tot 5 jaar na het einde van de maand waarin de procedure beëindigd werd.

Afdeling 2 – Aanvragen

Art. 23 – Onderzoek van ambtswege

Met inachtneming van artikel 29 is het materieel mogelijk de gezinsbijslagen uit te betalen, als de administratie, nadat zich een gebeurtenis heeft voorgedaan die het recht op gezinsbijslagen opent, over alle nodige inlichtingen beschikt waaruit kan worden opgemaakt dat de aanvrager voldoet aan alle voorwaarden om gezinsbijslagen te krijgen.

Art. 24 – Behandeling op aanvraag

Onverminderd de mogelijkheid om het recht van ambtswege te behandelen overeenkomstig artikel 23, behandelt de administratie het recht ook op aanvraag. De aanvraag geschiedt via een formulier waarmee de gegevens vermeld in artikel 21 kunnen worden opgevraagd.

Afdeling 3 – Beslissingen

Art. 25 – Termijnen voor de kennisgeving

Met toepassing van artikel 45, derde lid, 1°, van het decreet en onverminderd artikel 26 stelt de administratie de betrokkenen binnen twee weken nadat de beslissing is genomen en uiterlijk op het tijdstip van de uitvoering in kennis van elke beslissing die hen betreft.

Art. 26 – Vrijstelling van kennisgeving

Met toepassing van artikel 45, derde lid, 2°, van het decreet hoeft in de volgende gevallen geen kennisgeving te geschieden:

1° bij het nemen van een gunstige beslissing over de toekenning van een gezinsbijslag;

2° bij het stopzetten van een voorlopige uitbetaling overeenkomstig afdeling 6.

Art. 27 – Aangetekende kennisgeving

Elke kennisgeving van een beslissing om een ten onrechte uitbetaalde gezinsbijslag terug te vorderen, geschiedt met toepassing van artikel 45, derde lid, 3°, van het decreet bij aangetekend schrijven.

Als de bijslagtrekkende het aangetekend schrijven vermeld in het eerste lid niet afhaalt, brengt de administratie de beslissing per gewone brief ter kennis van de bijslagtrekkende. Die brief bevat de datum van het aangetekend schrijven vermeld in het eerste lid. De datum van het aangetekend schrijven geldt als referentiedatum voor alle rechtsgevolgen en termijnen die uit de terugvordering voortvloeien.

In afwijking van het eerste lid geschiedt een kennisgeving niet bij aangetekend schrijven, als het ten onrechte uitbetaalde bedrag 50 euro of minder bedraagt.

Afdeling 4 – Inlichtingen die door de administratie of de aanvrager moeten worden verstrekt

Art. 28 – Inlichtingen die door de administratie moeten worden verstrekt

Voor de toepassing van artikel 41 van het decreet verstrekt de administratie de volgende nuttige inlichtingen aan de aanvrager:

1° de voorwaarden voor de toekenning van de aangevraagde gezinsbijslag;

2° de voorwaarden voor het behoud van de toekenning van de gezinsbijslag;

3° de elementen die in aanmerking zijn genomen voor de berekening van het bedrag van de gezinsbijslag;

4° de informatie vermeld in de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (algemene verordening gegevensbescherming). De administratie verstrekt die inlichtingen op het tijdstip van de aanvraag op eigen initiatief aan de aanvrager.

Telkens als het recht op een gezinsbijslag geopend wordt, deelt de administratie de aanvrager van ambtswege mee welke inlichtingen hij overeenkomstig artikel 29 aan de administratie moet verstrekken opdat de administratie de aanvraag om gezinsbijslagen correct kan behandelen.

Art. 29 – Inlichtingen die door de aanvrager moeten worden verstrekt

De aanvrager deelt de administratie onmiddellijk elk element mee dat een wijziging van de toekenning of de betaling van een gezinsbijslag tot gevolg zou kunnen hebben, met uitzondering van de inwerkingtreding van een wettelijke, decretale of reglementaire bepaling daaromtrent.

Afdeling 5 – Uitbetaling

Art. 30 – Tijdstip van de uitbetaling

Onverminderd artikel 44 van het decreet worden de gezinsbijslagen uiterlijk betaald op de achtste dag van de maand die volgt op de maand waarop ze betrekking hebben.

Onverminderd de toepassing van het eerste lid geldt een uitbetaling als 'te laat' in de zin van artikel 52 van het decreet, als ze niet geschiedt in de loop van de maand na de maand waarop ze betrekking heeft.

Art. 31 – Uitbetaling op een betaalkaart

Met toepassing van artikel 50, § 2, eerste lid, van het decreet kunnen de gezinsbijslagen betaald worden op een betaalkaart die de mogelijkheid biedt tot debitkaarttransacties in de zin van de Verordening (EU) 2015/751 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2015 betreffende afwikkelingsvergoedingen voor op kaarten gebaseerde betalingstransacties en die de administratie aan de bijslagtrekkende afgeeft.

Afdeling 6 – Voorlopige uitbetaling

Art. 32 – Gemeenschappelijke bepalingen

Met inachtneming van de regelgeving van de Europese Unie die van toepassing is op de gezinsbijslagen kan de administratie de gezinsbijslagen, in de gevallen vermeld in deze afdeling, overeenkomstig de daarin bepaalde nadere regels voorlopig uitbetalen aan de kinderen met woonplaats in het Duitse taalgebied.

Art. 33 – Socioprofessionele situatie

Als inlichtingen over de socioprofessionele situatie van een persoon die voor de toepassing van de regelgeving van de Europese Unie inzake gezinsbijslagen in aanmerking moeten worden genomen niet of onvolledig zijn ingediend voor een maand, dan kan de administratie de gezinsbijslagen doorbetalen tot het einde van het kwartaal na het kwartaal waarin de maand in kwestie ligt.

Art. 34 – Voorlopige doorbetaling na aanvraag van periodieke attesten of periodieke formulieren

De administratie betaalt de gezinsbijslagen voorlopig door voor de maand waarin ze een periodiek attest of een periodiek formulier ter bevestiging van het recht op gezinsbijslagen heeft opgevraagd, alsook voor de maand daarvoor en voor de maand daarna.

Afdeling 7 – Specifieke nadere regels voor de uitbetaling

Art. 35 – Voortijdige uitbetaling van de geboortepremie

De aanvrager die gebruik maakt van de in artikel 51, eerste lid, 2°, van het decreet vermelde mogelijkheid tot voortijdige uitbetaling van de geboortepremie, voegt bij het aanvraagformulier vermeld in artikel 24 een geneeskundig getuigschrift dat de vermoedelijke geboortedatum bevat en dat niet meer dan vier maanden vóór die vermoedelijke geboortedatum werd afgegeven.

Afdeling 8 – Verrekening met buitenlandse gezinsbijslagen

Art. 36 – Het personeel dat gelijkgesteld is met de ambtenaren en andere personeelsleden van de Europese Unie

Voor de toepassing van artikel 54, derde lid, 2°, van het decreet worden de volgende bepalingen gelijkgesteld met de statutaire bepalingen die van toepassing zijn op ambtenaren en andere personeelsleden van de Europese Unie:

1° de statutaire bepalingen die van toepassing zijn op het onderwijzend personeel van de Europese scholen;

2° de statutaire bepalingen die van toepassing zijn op het vast personeel van Eurocontrol.

Art. 37 – Voorlopig uit te betalen verschilbedrag

Voor de toepassing van artikel 54, derde lid, 1°, van het decreet betaalt de administratie als voorlopig verschilbedrag het verschil tussen het bedrag waarop het kind krachtens het decreet recht heeft en het bedrag waarop het kind krachtens de buitenlandse wetgeving vermoedelijk recht heeft, als het bedrag waarop het kind krachtens het decreet recht heeft, hoger is.

De administratie berekent dat verschilbedrag aan de hand van de documenten die haar ter beschikking staan en die duidelijkheid verschaffen over het vermoedelijke recht op buitenlandse gezinsbijslagen en over de krachtens het decreet te betalen gezinsbijslagen. Daartoe bezorgt de aanvrager alle nuttige inlichtingen die duidelijkheid verschaffen over het recht op buitenlandse gezinsbijslagen en het bedrag ervan aan de administratie.

Als de administratie op het tijdstip van de uitbetaling van een gezinsbijslag niet voldoende inlichtingen over het vermoedelijke recht op buitenlandse gezinsbijslagen heeft om het vermoedelijke verschilbedrag te kunnen berekenen, beperkt ze het voorlopig uit te betalen verschilbedrag tot 0 euro.

Afdeling 9 – Terugvorderingsprocedure

Art. 38 – Buitengerechtelijke terugvordering

§ 1 – Onverminderd artikel 49 van het decreet en onverminderd artikel 25 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap besluit de administratie tot terugvordering van het bedrag in kwestie, als ze vaststelt dat een gezinsbijslag ten onrechte uitbetaald werd.

§ 2 – Het ten onrechte uitbetaalde bedrag dat overeenkomstig artikel 27 ter kennis is gebracht van de bijslagtrekkende, wordt ingetrokken van later aan de bijslagtrekkende verschuldigde gezinsbijslagen.

§ 3 – Als geen uitkeringen meer verschuldigd zijn aan de betrokken bijslagtrekkende en het bedrag niet teruggevorderd kan worden via een inhouding in de zin van paragraaf 2, maant de administratie de bijslagtrekkende aan om het ten onrechte uitbetaalde bedrag volledig terug te betalen binnen een termijn van zestig dagen die ingaat vanaf de kennisgeving. Die beslissing kan ter kennis gebracht worden samen met het besluit vermeld in paragraaf 1.

In het geval vermeld in het eerste lid kan de bijslagtrekkende, binnen een termijn van dertig dagen die ingaat vanaf de kennisgeving vermeld in het eerste lid, een voorstel tot terugbetaling in schijven aan de administratie bezorgen. Het voorstel stuit de in het eerste lid vermelde termijn waarbinnen het volledige bedrag moet worden terugbetaald niet.

De administratie aanvaardt het voorstel als:
1° het ten onrechte uitbetaalde bedrag niet gebaseerd is op arglist, bedrog of bedrieglijke handelingen of op een fout van de bijslagtrekkende vermeld in artikel 48, derde lid, van het decreet en;
2° de voorgestelde terugbetalingstermijn redelijk is.

De beslissing die met toepassing van het derde lid wordt genomen, wordt ter kennis gebracht van de bijslagtrekkende binnen een termijn van dertig dagen die ingaat vanaf de mededeling van zijn voorstel. Indien de beslissing niet ter kennis wordt gebracht binnen die termijn, geldt het voorstel tot terugbetaling in schijven als afgewezen.

§ 4 – Na terugbetaling van de schulden bezorgt de administratie aan de bijslagtrekkende een bevestiging dat de ten onrechte uitbetaalde bedragen volledig terugbetaald werden.

Art. 39 – Gerechtelijke terugvordering

Onverminderd artikel 25 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap stelt de administratie - na de aanmaning tot betaling van de ten onrechte uitbetaalde bedragen met toepassing van artikel 38, § 3, eerste lid, of bij niet-naleving van de voorwaarden vervat in het voorstel tot terugbetaling in schijven vermeld in artikel 38, § 3, tweede en derde lid, - een procedure tot terugvordering van de ten onrechte uitbetaalde bedragen in op grond van artikel 580, 8°, b), van het Gerechtelijk Wetboek, als ze vaststelt dat ze de bedragen niet via buitengerechtelijke weg kan terugvorderen.

Art. 40 – Niet-invordering van te onzekere of te dure terugvorderingen

§ 1 – De Regering kan afzien van de in artikel 39 vermelde gerechtelijke terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en kan die bedragen niet-invorderbaar verklaren, als ze het totale bedrag van 800 euro niet overschrijden.

Als ten onrechte uitbetaalde bedragen niet teruggevorderd kunnen worden door inhouding op nog uitstaande uitkeringen en als de daaruit resulterende schuld niet hoger is dan 30 euro, kan de Regering afzien van de buitengerechtelijke terugvordering vermeld in artikel 38 en de bedragen niet-invorderbaar verklaren.

§ 2 – De Regering kan afzien van de gedwongen tenuitvoerlegging van de terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en die bedragen niet-invorderbaar verklaren, als die bedragen het totale bedrag van 800 euro niet overschrijden.

Indien het verschuldigde totaalbedrag de som van 800 euro niet overschrijdt, kan de Regering eveneens ervan afzien om de curator over het faillissement van hun schuldenaar in toelating te dagvaarden.

§ 3 – De Regering kan afzien van terugvordering van ten onrecht uitbetaalde bedragen via gerechtelijke vervolging of gedwongen tenuitvoerlegging en die bedragen niet-invorderbaar verklaren, indien de schuldenaar zijn woonplaats in het buitenland heeft en in België geen voor beslag vatbare goederen bezit.

§ 4 – De Regering kan afzien van de gedwongen tenuitvoerlegging en de bedragen niet-invorderbaar verklaren, indien de waarde van de goederen waarop beslag is gelegd, onvoldoende blijkt om de kosten te dekken die verbonden zijn aan het voortzetten van de procedure.

Art. 41 – Niet-invordering om sociale redenen

§ 1 – In het geval vermeld in artikel 59, § 3, van het decreet kan de Regering, afhankelijk van het beschikbare gezinsinkomen, afzien van de terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en die bedragen niet-invorderbaar verklaren. Als beschikbaar gezinsinkomen wordt beschouwd: elk bedrag, van welke aard ook, waarover de aanvrager, zijn echtgenoot en de persoon met wie hij een verklaring van wettelijke samenwoning heeft afgelegd, beschikt. Daaronder vallen niet de gezinsbijslagen die de voormelde personen ontvangen.

Als de Regering met toepassing van het eerste lid afziet van de terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en die bedragen niet-invorderbaar verklaart, geschiedt dat:

1° ten belope van 100% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen van de aanvrager niet hoger is dan het bedrag bepaald in artikel 1409, § 1, derde lid, van het Gerechtelijk Wetboek;

2° ten belope van 90% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 103% van het bedrag vermeld in 1°;

3° ten belope van 80% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 106% van het bedrag vermeld in 1°;

4° ten belope van 70% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 109% van het bedrag vermeld in 1°;

5° ten belope van 60% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 112% van het bedrag vermeld in 1°;

6° ten belope van 50% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 115% van het bedrag vermeld in 1°;

7° ten belope van 40% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 118% van het bedrag vermeld in 1°;

8° ten belope van 30% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 121% van het bedrag vermeld in 1°;

9° ten belope van 20% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen niet hoger is dan 124% van het bedrag vermeld in 1°;

10° ten belope van 10% van het verschuldigde bedrag, als het beschikbare inkomen van de aanvrager niet hoger is dan het bedrag bepaald in artikel 1409, § 1, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek.

Als het beschikbare inkomen hoger is dan het bedrag bepaald in het eerste lid, 10°, kan de Regering niet meer afzien van de terugvordering op grond van het eerste lid.

Indien de met toepassing van het eerste lid berekende bedragen op een centgedeelte van een euro eindigen, wordt tot de hogere of lagere volle euro afgerond naargelang het centgedeelte al dan niet 0,5 bereikt.

Voor de toepassing van het eerste en het tweede lid wordt het beschikbare gezinsinkomen - per kind dat recht op kinderbijslag heeft en voor wie de aanvrager kinderbijslag ontvangt - verminderd met het bedrag bepaald in artikel 1409, § 1, vierde lid, van het Gerechtelijk Wetboek.

Om het beschikbare gezinsinkomen te bepalen, wordt rekening gehouden met de situatie van het gezin op het tijdstip van de aanvraag om af te zien van de terugvordering.

§ 2 – Met toepassing van artikel 59, § 3, tweede lid, van het decreet kan de Regering afzien van de terugvordering van ten onrechte uitbetaalde bedragen en de bedragen niet-invorderbaar verklaren, als de aanvrager in een bijzonder precaire financiële situatie verkeert.

§ 3 – Voor de toepassing van dit artikel bezorgt de aanvrager de Regering elk ter zake dienend document dat nodig is om het beschikbare gezinsinkomen te berekenen.

De aanwezigheid van een bijzonder precaire financiële situatie wordt, met voorafgaande toestemming van de aanvrager, in het kader van een huisbezoek op de woonplaats van de aanvrager gecontroleerd door een inspecteur vermeld in artikel 67 van het decreet, behalve indien uit de documenten vermeld in het eerste lid blijkt dat het beschikbare inkomen hoger is dan de bedragen bepaald in § 1, tweede lid, en de aanvrager niet in een bijzonder precaire financiële situatie verkeert.

De weigering van de aanvrager om de documenten over te leggen die nodig zijn om dit artikel toe te passen of de weigering van de aanvrager om de inspecteur toegang tot de woonplaats te verlenen, worden beschouwd als een intrekking van de aanvraag om af te zien van de terugvordering.

§ 4 – De Regering beslist over de niet-invordering binnen de termijn bepaald in artikel 44 van het decreet.

§ 5 – Maatregelen van gedwongen tenuitvoerlegging worden geschorst, zodra een aanvrager een aanvraag doet om af te zien van de terugvordering. Ze worden weer opgenomen vanaf de datum waarop een beslissing over die aanvraag werd genomen.

Art. 42 – Ontwikkeling van de grensbedragen

De bedragen vermeld in de artikelen 38 en 40 worden aangepast overeenkomstig de nadere regels van artikel 38 van het decreet. Indien de zo berekende bedragen op een centgedeelte van een euro eindigen, wordt tot de hogere of lagere volle euro afgerond naargelang het centgedeelte al dan niet 0,5 bereikt.

HOOFDSTUK 7 – SLOTBEPALINGEN

Art. 43 – Wijzigingsbepaling

In artikel 77 van het koninklijk besluit van 9 april 1965 betreffende de Pool van de zeelieden ter koopvaardij wordt de bepaling onder 2°, gewijzigd bij het besluit van 30 december 1985, opgeheven.

Art. 44 – Wijzigingsbepaling

Artikel 7 van het koninklijk besluit van 11 maart 2002 tot uitvoering van sommige bepalingen van de wet van 11 april 1995 tot invoering van het "handvest" van de sociaal verzekerde, en tot wijziging van het koninklijk besluit van 8 april 1976 houdende regeling van de gezinsbijslag ten voordele van de zelfstandigen wordt opgeheven.

Art. 45 – Opheffingsbepaling

Volgende regelingen worden opgeheven:

1° het koninklijk besluit van 22 januari 1952 ter uitvoering van artikel 41, Lid 2, E, van de geordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

2° het koninklijk besluit van 21 september 1953 genomen ter uitvoering van artikel 34, laatste lid, van de geordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

3° het koninklijk besluit van 10 maart 1964 tot vaststelling van de voorwaarden waaraan een mindervalide kind moet voldoen om de kinderbijslag te genieten bij toepassing van artikel 47 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor werknemers, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 12 november 1987;

4° het koninklijk besluit van 26 maart 1965 betreffende de kinderbijslag voor bepaalde categorieën van het door de Staat bezoldigd personeel alsmede voor de personeelsleden van het operationeel kader en van het administratief en logistiek kader van de korpsen van de lokale politie, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 15 juli 2013;

5° het koninklijk besluit van 19 december 1967 tot bepaling van maatregelen van toezicht bij aansluiting van werkgevers die ontslag nemen bij een kinderbijslagfonds;

6° het koninklijk besluit van 16 februari 1968 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder en van de periode gedurende welke kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat een verhandeling bij het einde van hogere studiën voorbereidt, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 10 augustus 2005;

7° het koninklijk besluit van 4 juli 1969 betreffende de toekenning van gezinsbijslag ten behoeve van het gehandicapte kind bedoeld bij artikel 56septies van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 3 mei 1991;

8° het koninklijk besluit van 19 augustus 1969 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat een stage maakt om in een ambt te kunnen worden benoemd, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 10 augustus 2005;

9° het koninklijk besluit van 18 december 1973 tot bepaling van de wijze waarop de ongeschiktheid van sommige personen wordt vastgesteld voor de toepassing van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 3 juli 1991;

10° het koninklijk besluit van 20 mei 1974 tot uitvoering van artikel 107, par. 4, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

11° het koninklijk besluit van 30 december 1975 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat onderwijs volgt, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 10 augustus 2005;

12° het koninklijk besluit van 6 maart 1979 tot bepaling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat verbonden is door een leerovereenkomst, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 22 mei 2005;

13° het koninklijk besluit van 8 juli 1981 tot uitvoering van artikel 57bis van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders, gewijzigd bij het besluit van 23 mei 1990;

14° het koninklijk besluit van 12 april 1984 tot vaststelling van de verplichting om elke wijziging die de toekenning of de betaling van de gezinsbijslag in de kinderbijslagregeling voor werknemers kan beïnvloeden, mede te delen, gewijzigd bij het besluit van 17 december 1992;

15° het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot bepaling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend voor het kind dat onderworpen is aan de deeltijdse leerplicht, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 9 juni 1995;

16° het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot uitvoering van artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 22 mei 2014;

17° het koninklijk besluit van 24 juni 1987 tot bepaling van de gevallen waarin de toekenning van de kinderbijslag wordt geschorst als het kind zijn legerdienst of burgerdienst vervult;

18° het koninklijk besluit van 26 juni 1987 tot uitvoering van artikel 119bis van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 4 mei 2017;

19° het koninklijk besluit van 12 november 1987 tot bepaling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het gehandicapte kind, bedoeld in artikel 47 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders, gewijzigd bij het besluit van 3 mei 1991;

20° het koninklijk besluit van 12 november 1987 tot bepaling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het gehandicapte kind, bedoeld in artikel 63 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders, gewijzigd bij het besluit van 3 mei 1991;

21° het koninklijk besluit van 12 juni 1989 tot uitvoering van artikel 71, § 2, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 10 juni 2001;

22° het koninklijk besluit van 4 april 1991 tot uitvoering van artikel 3bis van de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag, houdende vaststelling van bedragen die bij wijze van voorschot worden betaald, gewijzigd bij het besluit van 18 december 1996;

23° het koninklijk besluit van 3 mei 1991 tot uitvoering van de artikelen 47, 56septies en 63 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders en van artikel 96 van de wet van 29 december 1990 houdende sociale bepalingen, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 9 februari 2010;

24° het koninklijk besluit van 25 februari 1994 tot bepaling van de toekenningsvoorwaarden van de gezinsbijslag in hoofde van de werklozen, gewijzigd bij het besluit van 29 maart 2012;

25° het koninklijk besluit van 25 april 1997 tot uitvoering van artikel 71, § 1bis, van de Algemene kinderbijslagwet, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 22 mei 2014;

26° het koninklijk besluit van 24 november 1997 ter uitvoering van de artikelen 3, 7 en 24 van de wet van 11 april 1995 tot invoering van het "handvest" van de sociaal verzekerde voor de kinderbijslaginstellingen bedoeld in de artikelen 19, 31, 32 en 33 van de samen geordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders, gewijzigd bij het besluit van 28 april 2009;

27° het koninklijk besluit van 9 juni 1999 betreffende de beheersrekening en de administratieve reserve van de kinderbijslagfondsen, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 22 mei 2014;

28° het koninklijk besluit van 1 maart 2000 tot uitvoering van artikel 42bis van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders en tot wijziging van het koninklijk besluit van 25 april 1997 tot uitvoering van artikel 71, § 1bis van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders, gewijzigd bij het besluit van 11 januari 2007;

29° het koninklijk besluit van 13 maart 2001 tot uitvoering van artikel 102, § 1, eerste lid, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders, gewijzigd bij het besluit van 29 januari 2013;

30° het koninklijk besluit van 2 augustus 2002 genomen ter uitvoering van artikel 60, § 1, derde lid, van de geordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

31° het koninklijk besluit van 11 juni 2003 tot vaststelling van het bedrag en de toekenningsmodaliteiten van de forfaitaire bijslag bedoeld in artikel 70ter van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

32° het koninklijk besluit van 19 april 2005 tot uitvoering van artikel 69, § 2bis, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

33° het koninklijk besluit van 19 april 2005 genomen ter uitvoering van artikel 102, § 1, eerste lid, van de geordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

34° het koninklijk besluit van 10 augustus 2005 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat onderwijs volgt of een vorming doorloopt, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 22 mei 2014;

35° het koninklijk besluit van 20 juli 2006 tot verhoging van de leeftijdstoeslagen bedoeld in de artikelen 44 en 44bis van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

36° het koninklijk besluit van 11 januari 2007 tot uitvoering van artikel 56, § 2, derde lid, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

37° het koninklijk besluit van 3 augustus 2007 tot uitvoering van artikel 50quinquies van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

38° het ministerieel besluit van 26 mei 1958 tot vaststelling der dagen van werkloosheid welke, in het stelsel van de kinderbijslag voor loonarbeiders, met werkelijk volbrachte arbeidsdagen worden gelijkgesteld om redenen van burgerlijke stand, van burgerschap- of syndikale verplichtingen, gewijzigd bij het ministerieel besluit van 29 juni 1978;

39° het ministerieel besluit van 12 juni 1974 waarbij de inspecteurs en de adjunct-inspecteurs van de Sociale Inspectie van het Ministerie van Sociale Voorzorg belast worden met het toezicht over de uitvoering van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

40° het ministerieel besluit van 18 januari 2000 tot aanwijzing van de ambtenaren die bevoegd zijn om te beslissen over de aanvragen om afwijkingen inzake gezinsbijslag;

41° het ministerieel besluit van 15 maart 2001 tot bepaling van de voorwaarden waaronder gezinsbijslag wordt toegekend uit hoofde van grensarbeiders, gewijzigd bij het ministerieel besluit van 1 februari 2013;

42° het ministerieel besluit van 26 juni 2002 betreffende het gebruik, met het oog op de overdracht van gegevens nodig voor de vaststelling van de rechten op kinderbijslag, van de documenten, certificaten of brevetten, bedoeld in artikel 71, § 3, van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders;

43° het ministerieel besluit van 19 april 2005 tot bepaling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt toegekend uit hoofde van personen die slachtoffer zijn van de ontvoering van het kind.

Art. 46 – Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2019.

Art. 47 – Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Gezin is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS